



IN FREIHEIT UND VERANTWORTUNG WIRTSCHAFTEN

DER WELTWEITE DIALOG DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT



3		VORWORT	
4		EINFÜHRUNG: IN FREIHEIT UND VERANTWORTUNG WIRTSCHAFTEN	
8		DIE AUSLANDSBÜROS DER KAS	
10		DER WELTWEITE DIALOG ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT	
		Lateinamerika	
		■ <i>Regionalprogramm</i>	
		<i>Soziale Ordnungspolitik in Lateinamerika</i>	11
		■ <i>Länderprogramm Mexiko</i>	14
		Europa	
		■ <i>Länderprogramm Serbien</i>	17
		■ <i>Länderprogramm Polen</i>	21
		Afrika/Naher Osten	
		■ <i>Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika</i> . . .	25
		■ <i>Regionalprogramm Politischer Dialog Maghreb</i> . . .	29
		Asien	
		■ <i>Länderprogramme Korea und Japan</i>	32
		■ <i>Länderprogramm China</i>	36
		Projektbegleitende Maßnahmen in Deutschland	
		■ <i>Besucherprogramme</i>	40
		■ <i>Stipendien</i>	41
42		LEITLINIEN FÜR WOHLSTAND, SOZIALE GERECHTIGKEIT UND NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN	
46		WEITERE INFORMATIONEN ZUM THEMA SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT	

VORWORT

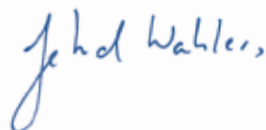
Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) setzt sich weltweit für ein „Denken in Ordnungen“ und insbesondere für die ordnungspolitischen Leitprinzipien von Subsidiarität und Solidarität ein. Damit stehen auch deutsche Erfahrungen mit der Sozialen Marktwirtschaft im Zentrum der internationalen Arbeit der KAS. Die Soziale Marktwirtschaft ist ein Gesellschaftsmodell, das in idealer Weise wirtschaftliche Freiheit, soziale Verantwortung und rechtsstaatliche Demokratie miteinander verbindet. Demokratie und Soziale Marktwirtschaft sind zwei Seiten derselben Medaille.

Die Verknüpfung des Prinzips der Freiheit am Markt mit demjenigen des sozialen Ausgleichs sowie der Eigenverantwortung als Kerngedanke dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist für unsere Partnerländer weltweit von hoher Relevanz. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat in ihrer Entstehung wie in ihrer Bekämpfung die enge Verflechtung der politischen mit der wirtschaftlichen Ordnung verdeutlicht. Damit ist ein neues Interesse an Lösungsansätzen zur gemeinwohlorientierten Regulierung des Marktgeschehens erwachsen. Insbesondere die Frage der effektiven Durchsetzung des Haftungsprinzips als einer der konstituierenden Grundsätze einer sozial- und marktwirtschaftlichen Ordnung wurde aufgeworfen – national wie international.

Die rund achtzig Büros der KAS in Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländern pflegen den ordnungspolitischen Dialog mit ihren Partnern und vermitteln in Bildungs- und Beratungsarbeit die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Wir möchten Verbündete für die Leitideen und Werte des Konzepts gewinnen. Denn für uns in Deutschland ist es von großer Bedeutung, unter den globalen Akteuren für unser wirtschaftliches und gesellschaftliches Ordnungsmodell einflussreiche Mitstreiter zu identifizieren. Wir sind auf internationale Kooperation angewiesen, damit der Wohlstand bei uns Bestand hat.

Die vorliegende Broschüre gibt anhand ausgewählter Beispiele von allen Kontinenten, auf denen die KAS aktiv ist, einen Überblick über die Projekte und Programme der Stiftung zur Sozialen Marktwirtschaft. Unterschiedliche Partner, Dialog- und Kooperationsformate, Arbeitsansätze und Instrumentarien werden dabei vorgestellt. Langjährige Präsenz in der Mehrzahl unserer Projektländer hat uns den Aufbau vertrauensvoller Beziehungen zu Entscheidungsträgern, politischen Eliten und wichtigen Multiplikatoren ermöglicht. Sie stehen uns in unseren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nahe. Das Engagement zur Sozialen Marktwirtschaft wollen wir mit ihnen weiterhin intensivieren und neuen Herausforderungen auf diesem Wege begegnen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.



Dr. Gerhard Wahlers
Stellv. Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

EINFÜHRUNG

IN FREIHEIT UND VERANTWORTUNG WIRTSCHAFTEN

Die Frage der Vereinbarkeit von Freiheit, Gerechtigkeit und Verantwortung stellt sich für das nationale und internationale Wirtschaftsgeschehen mit wachsender Dringlichkeit. Ein zusehends globalisierter und fragmentierter wirtschaftlicher Prozess entwickelt sich mit hoher Geschwindigkeit weiter und wirft Fragen zur Verteilung des Wohlstandes sowie zu den Grenzen des Wachstums auf. Mit der Krise an den internationalen Finanzmärkten ist diese Fragestellung in einen neuen Kontext gerückt worden und steht inzwischen im Fokus einer weltweiten Diskussion.

Seit Beginn ihrer politischen Bildungsarbeit im Inwie im Ausland setzt sich die Konrad-Adenauer-Stiftung mit dem Spannungsfeld zwischen freiheitlichem Wirtschaften und solidarischem, gemeinwohlorientiertem Handeln auseinander. Dabei bildet das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft den wichtigsten Pfeiler des weltweiten entwicklungspolitischen Engagements der KAS. Nach unserer Auffassung ist es die Soziale Marktwirtschaft in ihrem ursprünglichen Verständnis, welche eine Einheit sowohl von Freiheit und Verantwortung als auch von Eigeninitiative und Solidarität ermöglicht. Das Konzept bietet einen Gegenentwurf zu zentralplanwirtschaftlichen Ansätzen ebenso wie zu marktliberalen Modellen vollständiger Deregulierung.

Die internationale Krisenentwicklung hat gezeigt, dass die Diskussion um die Soziale Marktwirtschaft als ein „der Ausgestaltung harrender, progressiver Stilgedanke“ – so Alfred Müller-Armack, einer der Väter des Modells – nichts an Aktualität eingebüßt hat. Es geht um die Verbindung von Freiheit auf dem Markt, wie sie auch nach der Finanzmarktkrise weiterhin gefördert und bejaht werden muss, mit Mechanismen des sozialen Ausgleichs – eingebettet in einen funktionsfähigen Ordnungsrahmen unter staatlicher Aufsicht. Der Staat ist der Garant der Rahmenbedingungen, innerhalb derer die Marktteilnehmer ihre Aktivitäten entfalten. Dies umfasst wichtige Elemente wie die Sicherung des Wettbewerbs, den Schutz von Gewerbe- und Vertragsfreiheit, die Gewährleistung



Es ist nicht zuletzt das Erbe Konrad Adenauers sowie Ludwig Erhards, das die KAS dem Engagement für die Soziale Marktwirtschaft verpflichtet.

des Waren- und Dienstleistungsaustauschs unter freier Preisbildung am Markt. Auch öffentliche Investitionen, zum Beispiel in Verkehrswege, Bildungseinrichtungen, Kommunikationsnetze, fallen in diesen Bereich.

In der Sozialen Marktwirtschaft steht die unternehmerische Freiheit nicht in Konkurrenz zu sozialpolitischen Zielen. Wirtschaftlicher Erfolg sichert die soziale Stabilität, und damit ist unternehmerische Freiheit die Grundlage für das Erreichen der sozialpolitischen Ziele. Leitbild des unternehmerischen und gesellschaftlichen Handelns in der Sozialen Marktwirtschaft ist die Gemeinwohlorientierung, aufbauend auf den zentralen Grundsätzen von Solidarität und Subsidiarität.

MEHR ALS EIN WIRTSCHAFTSMODELL – INTERDEPENDENZ DER ORDNUNGEN

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft lebt von der Verknüpfung der Ordnungen, welche ein Staatswesen ausmachen. Ordnungspolitik im Sinne der

Sozialen Marktwirtschaft baut auf der engen Verschränkung der Systeme Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf. Nur eine Politik, die diese Komponenten als ein System berücksichtigt, gewährleistet nachhaltige und stabile Rahmenbedingungen, innerhalb derer die jeweiligen Akteure ihre Rolle wahrnehmen und zum Funktionieren des Ganzen beitragen.

Der Markt steht nicht für sich alleine, sondern ist in ein gesellschaftliches und politisches Umfeld eingebettet: Eine demokratische Grundordnung und ein verlässliches rechtsstaatliches System sind Grundlagen für das Funktionieren dieses vernetzten Ordnungsansatzes. Denn die Möglichkeit für breite Teile der Bevölkerung, am Wirtschaftsleben mitzuwirken und teilzuhaben, wird durch eine freiheitliche und demokratisch verfasste Ordnung erst ermöglicht. In diesem Zusammenhang spielt auch die zivilgesellschaftliche Beobachtung und kritische Begleitung von politischen und wirtschaftlichen Prozessen eine bedeutende Rolle. Auch aufgrund dieser Partizipationsmöglichkeiten definiert sich die Soziale Marktwirtschaft als Gesellschaftsmodell – über wirtschaftliche Funktionen hinaus.

Die anhaltenden Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise sind jenseits ihrer staatlichen Dimension eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Die Notwendigkeit, entlang moralischer Grundprinzipien und Werte eine Neuorientierung im Wirtschaftsprozess zu leisten, stellt sich als eine kulturelle Aufgabe – und dies auch über nationale Grenzen hinweg. Moralische Glaubwürdigkeit hat in diesem Zusammenhang wieder an Bedeutung gewonnen, und somit sind Akteure, die in die gesellschaftliche Sphäre und den vordemokratischen Raum hinein wirken können, auf den Plan gerufen. Die Soziale Marktwirtschaft fordert Individualethik und soziale Verantwortung, insbesondere gegenüber den schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft, ein. Die Frage der Werte rückt mit den ordnungspolitischen Vorstellungen des Modells besonders in den Blick. In diesem Zusammenhang findet sich auch die Verknüpfung mit dem christlichen

Menschenbild, das den Kern der Sozialen Marktwirtschaft bildet: Der Mensch steht als Person mit seiner Entscheidungsfähigkeit und Urteilskraft im Zentrum. Dies ist nicht nur Ziel der Gesellschafts-, sondern auch der Wirtschaftsordnung. Und an diesem Grundsatz muss die Verschränkung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ansetzen.

In diesem Zusammenhang spielt auch der Aspekt der ökologischen Nachhaltigkeit eine wichtige Rolle. Anforderungen, wie sie der Klimaschutz stellt, finden ihre Begründung in der Sozialen Marktwirtschaft und ihren Prinzipien: Verantwortliches wirtschaftliches Handeln umfasst die Rücksicht auf ökologische Effekte ökonomischer Aktivität. Diese müssen in das Marktgeschehen internalisiert werden – der Handel mit Klimazertifikaten ist dazu ein effizienter, der Sozialen Marktwirtschaft gerecht werdender Schritt.

WELTWEITES ENGAGEMENT IM ZEICHEN VON FREIHEIT UND VERANTWORTUNG

Für die Konrad-Adenauer-Stiftung als Institution mit Wirkungsmöglichkeiten im politischen, vordemokratischen und zivilgesellschaftlichen Bereich ergibt sich aus diesen Grundlagen sowie unserem Bekenntnis zum christlichen Menschenbild ein konkreter Auftrag. Der ordnungspolitische Dialog zur Sozialen Marktwirtschaft bildet einen der zentralen Arbeitsschwerpunkte im internationalen Engagement der KAS. Über ihre Programme und Projekte in diesem Bereich setzt sich die KAS ein:

- für die Förderung von Wohlstand, sozialer Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung und nachhaltiges Wirtschaftswachstum;
- für die Beachtung der Leitprinzipien Solidarität und Subsidiarität im Wirtschaftsprozess;
- für die Durchsetzung einer weltweiten staatlich gewährleisteten Wettbewerbsordnung auf der Grundlage freier Preisbildung sowie deren staatlicher Kontrolle;

- für die Einführung breitenwirksamer, marktkonformer sozialer Sicherungssysteme sowie Mechanismen eines regionalen Ausgleichs auf der Basis des Solidargedankens;
- für die Verankerung der ökologischen Nachhaltigkeit zur langfristigen Sicherung wirtschaftlicher Erfolge.

Es geht dabei nicht um die pauschale Übertragung eines Ordnungsmodells von einer Gesellschaft auf eine andere – dieser Ansatz wäre zum Scheitern verurteilt. Die Gestaltung eines Wirtschaftssystems ist und bleibt eine autonome politische Entscheidung. In unseren Partnerländern müssen ganz unterschiedliche wirtschaftliche, politische, kulturelle und soziale Gegebenheiten berücksichtigt werden. Die Maßnahmen der KAS zum Thema Soziale Marktwirtschaft verstehen sich daher als ein Angebot, unsere Erfahrungen mit wirtschaftspolitischen Entscheidungen in den Projektländern zur Verfügung und Diskussion zu stellen und in die Debatte vor Ort einzuspeisen.

Dabei kommt das gesamte der KAS zur Verfügung stehende Instrumentarium zum Einsatz: Fachgespräche auf hochrangiger politischer oder Arbeitsebene, internationale Konferenzen, Dialogprogramme unter Einsatz ausländischer Referenten, Besuchsprogramme in Deutschland, Seminare und Sommerschulen, Publikationen sowie Internet- und Multimedia-Angebote.

Die überwiegende Zahl der rund achtzig Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung weltweit setzt Projekte zum Themenfeld Soziale Marktwirtschaft um. Dabei richtet sich die Stiftung an ein breites Spektrum von Akteuren, die für die genannten Förderziele von Belang sind: An Universitäten und Forschungseinrichtungen adressieren sich Angebote politischer Bildungsarbeit. Für politische Parteien, Gewerkschafts- und Arbeitgebervertreter, Verbände und Kammern werden Beratungsleistungen zur Programmarbeit zur Verfügung gestellt. Zu grundlegenden Wertefragen im Wirtschaftsprozess kommt der Kooperation mit kirchlichen Einrichtungen – insbesondere in Lateinamerika – eine besondere Rolle zu. Dabei werden beispielsweise Grundfragen der christlichen Soziallehre im Zusammenhang mit der Sozialen Marktwirtschaft erörtert.

Ergänzt wird die wirtschafts- und sozialpolitische Bildungs- und Beratungsarbeit der KAS in den Länderprogrammen durch regionale Projekte: Das Regional-

programm Soziale Ordnungspolitik in Lateinamerika (SOPLA) wirkt komplementär zu nationalen Maßnahmen auf kontinentaler Ebene. Es gestattet den Austausch und Vergleich verschiedener politischer und wirtschaftlicher Reformmodelle zwischen Ländern mit ähnlichen Rahmenbedingungen und Herausforderungen. Mit dem Programm Soziale Ordnungspolitik in Asien (SOPAS) befindet sich ein analoges Konzept für Asien im Aufbau. Damit kommt die Stiftung der gerade in den Jahren 2009 und 2010 gewachsenen Nachfrage nach ordnungspolitischer Expertise und internationalem Austausch zu wirtschaftspolitischen Konzepten nach.

LEITLINIEN FÜR NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN

Zu Beginn des Jahres 2009 hat die Konrad-Adenauer-Stiftung unter wissenschaftlicher Beratung die „Leitlinien für Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften“ erarbeitet. Damit legte sie ein Grundlagendokument für den internationalen Dialog zu Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft vor, das insbesondere vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise auf großes Interesse stößt. Inzwischen liegen die Leitlinien in über zwanzig Sprachen vor. Sie definieren den ordnungspolitischen Standort der KAS in ihrer Arbeit im In- und Ausland. Die fundamentalen Leitprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wie Haftung, Berechenbarkeit in der Wirtschaftspolitik, Eigentum, Wettbewerb und Nachhaltigkeit sind darin festgeschrieben und erläutert. In einem ersten Schritt haben sich führende europäische und deutsche Politiker dazu bereit erklärt, die von der KAS erarbeiteten Leitlinien mitzutragen. Dazu zählen der Vorsitzende der Europäische Volkspartei (EVP), Dr. Wilfried Martens, der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments und Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Hans-Gert Pöttering, Ministerpräsident a. D. und Ehrenvorsitzender der KAS, Prof. Dr. Bernhard Vogel, sowie Joseph Daul, Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament. In der Folge wird es nun darum gehen, über den intensiven Austausch in unseren Partnerländern weltweit Verbündete für die dargelegten Grundlagen nachhaltigen Wirtschaftens zu identifizieren und für eine praxisorientierte Anwendung zu gewinnen. Grenzüberschreitende ökologische Aspekte sowie Fragen internationaler Gerechtigkeit sollen dabei in den Dialog einbezogen werden. Über unsere Länder- und Regionalprogramme wollen wir dahingehend auf wichtige Multiplikatoren einwirken.

DIE GLOBALE WIRTSCHAFTSORDNUNG NEU JUSTIEREN

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist der festen Überzeugung, dass die Soziale Marktwirtschaft auch der Referenzrahmen für eine internationale Ordnungspolitik – im Sinne einer *Global Governance* – sein kann. Die nationalen Ordnungssysteme haben sich in der Welt der Globalisierung in ihren Strukturen verändert. Teilweise erscheinen sie geschwächt, Durchgriffsmöglichkeiten des Staates sind reduziert. Zugleich verdichtet sich der globale Raum, und international rücken Politik, Wirtschaft und Gesellschaften immer weiter zusammen. Eine internationale Ordnungspolitik ist jetzt notwendig. Auch auf globaler Ebene muss ein Zusammenspiel von Solidarität und Freiheit geschaffen werden, welches das Gemeinwohl in den Blick nimmt.

Dazu müssen Mitstreiter gefunden werden, die sich gemeinsam mit uns für die ordnungspolitischen Leitbilder und Prinzipien einsetzen. Wenn wir unser Gesellschaftssystem, das maßgeblich auf der Erfolgsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft aufbaut, langfristig erhalten wollen, brauchen wir internationale Verbündete. Denn es gibt keine Nationalökonomie im traditionellen Sinne mehr – das ist durch die Finanzkrise mehr als deutlich geworden. Es ist daher wichtig, dass auch andere Staaten in der sich globalisierenden Welt zentrale ordnungspolitische Vorstellungen und die damit verbundenen Werte mittragen. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat 2009 mit ihrem Vorschlag einer „Charta für nachhaltiges Wirtschaften“ hierzu einen wichtigen Vorstoß gemacht.

Als Akteursstaaten einer solchen globalen Verständigung über die Grundlagen nachhaltigen Wirtschaftens rückt verstärkt die Gruppierung der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, die G20, in den Blick. Diese Gruppe repräsentiert rund neunzig Prozent des Weltinlandsprodukts, achtzig Prozent des globalen Handels und zwei Drittel der Weltbevölkerung. Im Hinblick auf Dialog und Kooperation zwischen Industrie- und Schwellenländern kann dieses Forum ein hohes Maß an Repräsentativität für sich in Anspruch nehmen. Es ermöglicht eine schnelle Abstimmung der Staaten untereinander und ebnet den Weg zu wirksamer Zusammenarbeit in offiziellen Strukturen.



Podiumsdiskussion mit Taavi Veskimägi (ehemaliger estnischer Finanzminister), Dr. Norbert Röttgen MdB, Dr. Karen Horn (Institut der deutschen Wirtschaft Köln), Bischof Dr. Wolfgang Huber, Prof. Dr. Rolf J. Langhammer (Institut für Weltwirtschaft Kiel)

Auch für die internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung haben die großen Industriestaaten und Schwellenländer eine wachsende Bedeutung. Über unsere Auslandsbüros verfügen wir über sehr gut etablierte Netzwerke in allen G20-Staaten. Diese Netzwerke ermöglichen, unsererseits Expertise und Kontakte in diese Länder zu vermitteln. Umgekehrt wächst die Bedeutung der Informations- und Kontaktvermittlung aus den Partnerländern nach Deutschland. In diesem Sinne entwickelt sich der Dialog gerade mit den G20-Staaten zusehends zu einem wechselseitigen Austausch auf Augenhöhe, um gemeinsame Anliegen und geteilte Probleme effektiv anzugehen sowie Divergenzen zu überbrücken. In diesem Verständnis werden wir unsere Kooperation mit diesen Ländern weiterhin intensivieren und inhaltlich ausbauen. Vertrauensvolle Zusammenarbeit ist heute global mehr gefragt denn je, und dazu möchte die Konrad-Adenauer-Stiftung mit ihrem weltweiten Dialog zur Sozialen Marktwirtschaft einen Beitrag leisten.

DIE AUSLANDS- BÜROS DER KAS

LATEINAMERIKA 1 Mexiko, Mexiko-Stadt (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika Nord) | 2 Guatemala, Guatemala-Stadt | 3 Nicaragua, Managua | 4 Costa Rica, San José | 5 Venezuela, Caracas | 6 Kolumbien, Bogotá | 7 Ekuador, Quito (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politische Partizipation Indigenas) | 8 Peru, Lima | 9 Bolivien, La Paz | 10 Chile, Santiago de Chile | 11/12 Brasilien, Fortaleza und Rio de Janeiro (Auslandsbüro und Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Lateinamerika) | 13 Uruguay, Montevideo (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika Süd) | 14 Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm Medien)

EUROPA UND NORDAMERIKA 15 USA, Washington | 16 Großbritannien, London | 17 Belgien, Brüssel (Europabüro) | 18 Frankreich, Paris | 19 Spanien, Madrid | 20 Italien, Rom | 21 Estland, Tallinn | 22 Lettland, Riga | 23 Litauen, Vilnius (Auslandsbüro und Verbindungsbüro für Weißrussland) | 24 Polen, Warschau | 25 Tschechische Republik, Prag | 26 Slowakische Republik, Bratislava | 27 Ungarn, Budapest | 28/29 Russische Föderation, Moskau und Sankt Petersburg | 30 Ukraine, Kiew | 31 Rumänien, Bukarest (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa) | 32 Bulgarien, Sofia (Auslandsbüro und Regionalprogramm Medien) | 33 Kroatien, Zagreb | 34 Bosnien und Herzegowina, Sarajevo | 35 Serbien, Belgrad | 36 Republik Mazedonien, Skopje | 37 Albanien, Tirana | 38 Armenien, Eriwan | 39 Georgien, Tiflis (Auslandsbüro und Regionalprogramm Südlicher Kaukasus)

SUBSAHARA-AFRIKA 40 Senegal, Dakar | 41 Ghana, Accra | 42 Benin, Cotonou (Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika) | 43 Nigeria, Abuja | 44 D.R. Kongo, Kinshasa | 45 Uganda, Kampala | 46 Tansania, Dar Es Salam | 47 Kenia, Nairobi (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Subsahara-Afrika) | 48 Mosambik, Maputo | 49 Malawi, Lilongwe | 50 Simbabwe, Harare | 51 Republik Südafrika, Johannesburg (Auslandsbüro und Regionalprogramm Medien) | 52 Namibia, Windhuk

NORDAFRIKA/NAHOST 53 Marokko, Rabat (Regionalprogramm Politischer Dialog Maghreb) | 54 Tunesien, Tunis | 55 Ägypten, Kairo | 56 Israel, Jerusalem | 57 Autonome Gebiete Palästinas, Ramallah | 58 Jordanien, Amman | 59 Vereinigte Arabische Emirate, Abu Dhabi (Regionalprogramm Golf-Staaten) | 60 Türkei, Ankara

ASIEN UND PAZIFIK 61 Kasachstan, Astana | 62 Usbekistan, Taschkent (Auslandsbüro und Regionalprojekt Zentralasien) | 63 Afghanistan, Kabul | 64 Pakistan, Islamabad | 65 Indien, Neu Delhi | 66/67 VR China, Peking und Shanghai | 68 Mongolei, Ulan Bator | 69 Republik Korea, Seoul | 70 Philippinen, Manila | 71 Vietnam, Hanoi | 72 Thailand, Bangkok | 73 Kambodscha, Phnom Penh | 74 Malaysia, Kuala Lumpur | 75 Singapur (3 Regionalprogramme: Politik, Medien und Rechtsstaat) | 76 Indonesien/Ost-Timor, Jakarta





DER WELTWEITE DIALOG ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT



LATEINAMERIKA

REGIONALPROGRAMM SOZIALE ORDNUNGSPOLITIK IN LATEINAMERIKA

Eine der Kernaufgaben der Konrad-Adenauer-Stiftung ist die weltweite Förderung demokratischer Strukturen. Dieses Ziel kann nur durch langfristig angelegte politische Bildungs- und Beratungsprogramme sowie den ständigen Austausch und Dialog der verschiedenen Institutionen erreicht werden. Zur regionalen Koordination dieses Dialogs über die Soziale Marktwirtschaft baute die KAS 2004 in Rio de Janeiro das Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik in Lateinamerika auf. Es ergänzt die Arbeit ihrer vierzehn Länderbüros in Lateinamerika und fördert den direkten Erfahrungsaustausch durch die Organisation internationaler Konferenzen und Seminare.

Über das Regionalprogramm werden besonders aktuelle Entwicklungen in Lateinamerika mit Blick auf soziale, politische und wirtschaftliche Fragen thematisiert. Die Reformen der 1990er Jahre, welche zu Privatisierungen und zur Öffnung der Märkte auf dem Kontinent führten, haben zwar vielerorts einen Wachstumsschub und höhere Staatseinkommen bewirkt, dennoch hat nur ein Bruchteil der Bürger davon profitiert. Wichtige Investitionen in Bildung und Gesundheit unterblieben. Das Pro-Kopf-Einkommen ist in den letzten zehn Jahren statistisch zwar gestiegen, jedoch haben gerade die unteren Gesellschaftsschichten kaum vom Wachstum profitieren können. Nur durch eine aktivere Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die durch einen starken, demokratisch legitimierten Rechtsstaat durchgesetzt wird, ist eine Verbesserung der sozialen Entwicklung auf breiter Basis möglich.

Die politische Arbeit des Regionalprogramms SOPLA besteht im Wesentlichen einerseits in der Durchführung von nationalen sowie internationalen Veranstaltungen, zu denen Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Nichtregierungsorganisationen, den Kirchen und den Gewerkschaften sowie unabhängige Experten geladen werden. Andererseits gibt das Regionalprogramm regelmäßig Veröffentlichungen zu aktuellen Themen

aus den Bereichen Wirtschaftspolitik, Migration sowie Bildungs- und Sozialpolitik heraus, die von Expertenteams vorgelegt und diskutiert werden. Diese Studien ermöglichen es, konkrete Handlungsempfehlungen zu zukünftigen Reformen der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zu erarbeiten und Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen.

Das Regionalprogramm SOPLA unterteilt sich dabei in drei Hauptaufgabenfelder:

ORDNUNGSPOLITISCHER DIALOG

Der ordnungspolitische Dialog dient der Erarbeitung von umfassenden Analysen und Handlungsempfehlungen gemeinsam mit Partnern vor Ort und der Umsetzung dieser Empfehlungen mit politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern. Ein Beispiel hierfür ist die Zusammenarbeit des Programms SOPLA mit führenden Wirtschaftsforschungsinstituten aus dreizehn Ländern Lateinamerikas, auf deren Grundlage sich ein aktives Netzwerk mit dem Namen *Desafíos políticos, sociales y económicos en América Latina* (Politische, soziale und wirtschaftliche Herausforderungen in Lateinamerika) herausgebildet hat und über das seit seiner Gründung 2007 zahlreiche Analysen publiziert wurden. Die oftmals komparativ angelegten Studien sollen die Debatte über aktuelle sozialpolitische Themen, die den gesamten lateinamerikanischen Kontinent betreffen, inhaltlich konstruktiv unterstützen und dienen als Beratungsinstrument für die Politik. Schon heute sind die Autoren des Netzwerkes in ihren Ländern und zunehmend auch in der Region als Experten für Politikberatung gefragt.

Die erste Veröffentlichung des Netzwerkes ist 2008 unter dem Titel „Wachstum und Sozialer Fortschritt“ in spanischer Sprache erschienen. Kurz darauf folgten Studien zu den Themen „Effizienz der Staatsausgaben in Lateinamerika“ (2008) und „Migration und Sozialpolitik in Lateinamerika“ (2009). Die Publikation geht auf die Vielschichtigkeit der Gründe für Migration und mögliche Lösungsansätze zur Linderung dieser Ursachen ein: Aufgrund von Armut und Chancenungerechtigkeit in

den jeweiligen Heimatländern sehen sich jährlich viele Tausende von Lateinamerikanern gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Die Publikation wurde aufgrund einer Partnerschaft mit dem *Center for Migration Studies*, mit der *International Organization of Migration* der UNO sowie dem Orden der Scalabrinianer, die sich seit Jahren mit Migrationsfragen auseinandersetzen, im Rahmen einer internationalen UN-Konferenz Anfang 2010 in New York vorgestellt und konnte dadurch eine breite Öffentlichkeit erreichen. Bei dieser Gelegenheit stellte SOPLA ebenfalls das Grundlagendokument der KAS „Leitlinien für Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften“ vor. Die darin aufgeführten Leitprinzipien für ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell stießen auf großes Interesse – insbesondere bei Vertretern der multilateralen Institutionen. Die Übersetzung ins Spanische und Portugiesische hat zu ihrem Verständnis und zur Verbreitung in Lateinamerika erheblich beigetragen.

Es folgte eine Studie im Themenfeld „Informalität der Arbeit und Regierungspolitik“. In Lateinamerika arbeiten durchschnittlich vierzig bis fünfzig Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung im informellen Sektor, dazu zählen insbesondere selbständige Kleinunternehmer. Die Informalität bedeutet für die betroffenen Arbeitnehmer, dass sie über keinerlei Rechtsschutz oder soziale Absicherung verfügen. Des Weiteren entgehen dem Staat auf diesem Wege dringend benötigte Steuereinnahmen zur Verbesserung der sozialen Verhältnisse. Dieses Defizit führt langfristig zu einer erhöhten Steuerbelastung der formal beschäftigten Arbeitnehmer. Auch bei einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung bleiben die Einkommen der im informellen Sektor beschäftigten Arbeitnehmer oftmals auf niedrigem Niveau – an Lohnzuwächsen des regulären Arbeitsmarktes haben diese Beschäftigten keinen Anteil. Zahlreiche informelle Arbeitnehmer leben trotz eines oder mehrerer „fester“ Arbeitsverhältnisse in Armut.

Das Programm SOPLA legt einen Schwerpunkt auf das Bemühen, Partner – auch bei multilateralen Institutionen wie der UNO und ihren Unterorganisationen – zu identifizieren, die die Ideale der Sozialen Marktwirtschaft teilen und bereit sind, diese weiterzuverbreiten. Diese Aufgabe soll auch auf regionaler Ebene verstärkt werden. Ziel ist es, die Arbeit der sogenannten *Cátedras Konrad Adenauer* (Lehrstühle Konrad Adenauer), die von der KAS im Rahmen verschiedener Länderprogramme in Lateinamerika gegründet wurden (so z. B. in Mexiko, Guatemala, Chile und Argentinien) und die sich mit ordnungspolitischen

Fragestellungen auseinandersetzen, enger zu verflechten und den Austausch zu fördern. Mittelfristiges Ziel ist, dass diese an Universitäten angesiedelten Lehr- und Forschungseinrichtungen nicht nur einen Beitrag zur Förderung des ordnungspolitischen Dialogs und der Vermittlung und Diskussion der Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft im akademischen Bereich leisten, sondern auch als Multiplikatoren agieren und politiknahe Beratungsarbeit zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialordnung erbringen.

DIALOG ÜBER DIE SOZIOÖKONOMISCHE REALITÄT UND DIE ROLLE DER KIRCHE

Ein weiteres zentrales Anliegen der Arbeit des Regionalprogramms SOPLA ist es, die Debatte über die Rolle der politischen, wirtschaftlichen, akademischen und gesellschaftlichen Eliten in Lateinamerika zu intensivieren. Insbesondere die gesellschaftliche Verantwortung wichtiger Multiplikatoren soll dabei im Zentrum stehen. Dazu ist deren Sensibilisierung für die Notwendigkeit einer gerechteren Verteilung der Wachstumsgewinne und des Schutzes der schwächeren Mitglieder der Gesellschaft nach dem Solidaritätsprinzip notwendig.

In diesem Zusammenhang hat SOPLA 2007 in Zusammenarbeit mit dem Päpstlichen Rat für Gerechtigkeit und Frieden die Ausarbeitung eines Kurses über die christliche Soziallehre begonnen. Diese Bildungsmaßnahme soll an katholischen Universitäten in Lateinamerika eingeführt werden. Ziel des Kurses ist es, Nachwuchsführungskräfte der lateinamerikanischen Länder mit den Grundzügen der katholischen Soziallehre vertraut zu machen und ihre Inhalte in die Praxis umzusetzen. In mehreren Seminaren mit Experten aus der gesamten Region sowie unter Beteiligung des Vatikan wurden inhaltliche Grundbausteine für diesen Kurs gelegt sowie Methodik und Inhalt weiter ausgearbeitet. Im Zentrum stehen die Prinzipien von Subsidiarität und Solidarität: Nur mit wachsendem Verantwortungsbewusstsein der Bürger, von Familien und Kleinunternehmern kann wirtschaftliche Dynamik entstehen, die am Ende die Möglichkeit einer gerechteren sozialen Entwicklung mit sich bringt.

Auch der *Consejo Episcopal Latinoamericano* (CELAM), der Bischöfliche Rat Lateinamerikas, gehört zu den Partnern des SOPLA-Programms. Die Veranstaltungen mit CELAM zielen auf eine gemeinsame Analyse aktueller Wirtschafts- und Sozialfragen ab. 2009 wurden beispielsweise in Santa Cruz (Bolivien), gemeinsam mit Bischöfen aus Venezuela, Kolumbien, Bolivien und

Paraguay, die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die politische Entwicklung der Region diskutiert. Diese Krise und ihre Folgen hat in den meisten lateinamerikanischen Ländern zur Reflexion über die aktuelle Wirtschaftsordnung geführt. Hierbei kann eine internationale Herangehensweise und Beratung durch Experten helfen, alte Strukturen zu überdenken und zu reformieren.

An starker Nachfrage orientiert hat das Programm SOPLA die Familienpolitik als weiteren Schwerpunktthemenbereich für die Dialogarbeit vor Ort etabliert. Im Rahmen des Treffens „Familienpolitisches Forum Lateinamerika“ wurde 2008 in Rio de Janeiro das Thema „Vergessene Familie“ mit Abgeordneten, Experten, Kirchenvertretern und Vertretern der Zivilgesellschaft aus mehreren Ländern Lateinamerikas diskutiert, um das Thema Familie stärker in die politische Debatte einzubringen. Da es in den meisten Ländern Lateinamerikas keine staatliche Familienpolitik gibt, ist das Interesse an einem Austausch mit Deutschland hoch. Das Thema wurde im Jahr 2009 fortgeführt und um das Forschungsprojekt *Familias y políticas sociales en el Mercosur y Chile* erweitert, welches sich auf die Länder des *Cono Sur* (Chile, Argentinien, Uruguay und Brasilien) bezieht. Im Dezember 2009 wurden die Ergebnisse zum Thema „Politik für die Familie“ veröffentlicht.

CHANCENGLEICHHEIT DURCH BESSERE BILDUNG

Ein durchlässiger und gerechter Zugang zu Bildung ist die Basis für sozialen Aufstieg, Wachstum und Weiterentwicklung einer Gesellschaft. In der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen wurde festgeschrieben, dass bis 2015 jedem Kind die Möglichkeit einer Schulausbildung von acht Jahren Dauer geboten werden müsse. In Lateinamerika ist dieses Ziel zwar schon weitgehend erreicht worden, aber die Wahrscheinlichkeit eines Abschlusses und die Qualität der Lehre differieren stark: Während beispielsweise in Chile 98,3 Prozent der Schüler einen Abschluss machen, sind die Zahlen in Brasilien abnehmend und liegen momentan bei nur noch 53,8 Prozent. Die soziale Mobilität wird durch diese Bildungsschranken blockiert, welche sich jeweils noch einmal nach Region (Unterschied Stadt – Land), Geschlecht und ethnischer Herkunft unterscheiden. Chancenungerechtigkeit im Bildungssystem, anachronistische Bildungslehrpläne sowie die mangelhafte Infrastruktur zählen zu den größten Hemmnissen für ein nachhaltiges und langfristiges Wirtschaftswachstum in der Region.



Ein durchlässiger und gerechter Zugang zu Bildung ist die Basis für sozialen Aufstieg, Wachstum und Weiterentwicklung einer Gesellschaft.

Um einen Beitrag zur Verbesserung der Qualität des Bildungssystems zu leisten, organisiert SOPLA regelmäßig Veranstaltungen mit Experten und Vertretern aus dem Bildungsbereich. So fand im November 2009 in Argentinien ein Workshop zum Thema „Bildungsministerien und Gewerkschaften in Lateinamerika“ statt. Die Beziehungen zwischen Ministerien und Lehrgewerkschaften in Lateinamerika wurden erörtert und die Teilnehmer diskutierten über die Grundlage einer Zusammenarbeit. Die Vorstellungen darüber, was öffentliche Bildung leisten soll, gingen jedoch weit auseinander: Die Lehrgewerkschaften plädierten weiterhin für die Verdrängung des privaten Schulsystems und zeigten sich nicht bereit, die Leistung der öffentlichen Schulen, beispielsweise durch Weiterbildungsmaßnahmen für die Lehrer, zu optimieren. Die Vertreter der Bildungsministerien bestanden auf Pflichtevaluierungen für Lehrer. Einverständnis gab es lediglich dahingehend, dass das öffentliche Bildungswesen nur unter der Beteiligung aller Gesellschaftsgruppen und Akteure erfolgreich verbessert werden kann. Diese Resultate zeigen, wie brisant das Thema in Lateinamerika ist. Ergebnisse von Seminaren, Konferenzen und Workshops des Regionalprogramms werden in deutscher und spanischer Sprache auf der Homepage von SOPLA veröffentlicht: www.kas.de/sopla.

Olaf Jacob
Leiter des KAS-Regionalprogramms
Soziale Ordnungspolitik in Lateinamerika
www.kas.de/sopla

LÄNDERPROGRAMM MEXIKO

In Mexiko ist der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft kein unbekannter. Insbesondere die Partnerpartei der KAS PAN (*Partido Acción Nacional*) zählt ihn seit langem zu ihrem programmatischen Grundgerüst zwischen Liberalismus und Kollektivismus. Gerade in einem Land mit extremen sozialen Ungleichheiten und einer letztlich nicht konsolidierten Demokratie ist die Suche nach einem Wirtschaftsmodell, das individuelle Freiheit mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden in der Lage ist, von langfristig existentieller Bedeutung. Die Verankerung der PAN in der christlichen Soziallehre ist da eine gute Grundvoraussetzung. Deutschland, ein deutsches Modell und die deutsche Christdemokratie sind dabei ein anerkannter, geschätzter und unbelasteter Partner.

Ein starkes Konkurrenzmodell, an dem sich das Denken der mexikanischen Wirtschaftseliten orientiert und mit dem sich ordnungspolitischer Dialog ebenso auseinandersetzen muss wie mit aufstrebenden staatlich-autoritär flankierten Marktwirtschaften, findet sich allerdings im Norden. Die übermächtigen USA mit ihrem angelsächsischen Ansatz der Marktwirtschaft, ihrer Dynamik und ihrer Anziehungskraft für mexikanische Arbeitnehmer galt lange als das Erfolgsmodell, wird aber gerade in der aktuellen Situation verstärkt hinterfragt.

DIE SOZIALMARKTWIRTSCHAFTLICHE ALTERNATIVE

Hier setzt die Konrad-Adenauer-Stiftung auf unterschiedlichen Ebenen an. Flaggschiffveranstaltungen verdeutlichen immer wieder, was mit Sozialer Marktwirtschaft gemeint ist und wie dieses Konzept Antworten auf die aktuellen Herausforderungen geben kann. Gerade in der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise sorgte etwa 2008 die Konferenz „Globalisierung mit menschlichem Antlitz“ für Aufsehen, die auf eine Initiative des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, zurückging und bei seinem Gespräch mit dem mexikanischen Präsidenten Felipe Calderón großen Anklang fand: Auch die Positionierung seiner eigenen Regierungspolitik, so Calderón bei diesem Anlass, sähe er ganz in dieser Tradition. Der geistige Ziehvater des Präsidenten und selbst einer der früheren Parteivorsitzenden der PAN, der viel zu früh verstorbene und der KAS eng verbun-



Ein erheblicher Teil der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung in Mexiko findet sein Auskommen im informellen Sektor – allerdings ohne jegliche soziale Absicherung.

dene Carlos Castillo Peraza, hat die Nähe zur deutschen Christdemokratie immer wieder gesucht und die Idee der Sozialen Marktwirtschaft fest im Kanon der innerparteilichen Debatten der PAN verankert.

Entsprechend ist auch die Stiftung der PAN, die *Fundación Rafael Preciado Hernandez*, immer wieder Partner für Bildungs- und Forumsveranstaltungen, die Aspekte der Sozialen Marktwirtschaft zum Gegenstand haben. Zu den Themen 2009 gehörten etwa Aspekte einer notwendigen Deregulierungspolitik in Mexiko oder Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und Kinderarbeit. Über Nicht-Regierungsorganisationen wie *Mejor Sociedad – Mejor Gobierno* oder *Jóvenes Competitivos* unterstützt die KAS darüber hinaus Initiativen, die junge Menschen für die Selbständigkeit motivieren und ihnen Handreichungen für eine unabhängige wirtschaftliche Tätigkeit an die Hand geben – auf der Basis eines klaren ordnungspolitischen Standortes.

Wichtig ist dabei, das reale Funktionieren der Sozialen Marktwirtschaft in der Gegenwart transparent und anschaulich zu machen. Dazu dienen seit vielen Jahren Austausch- und Besuchsprogramme für Führungskräfte der mexikanischen Wirtschaft und Politik in Deutschland. Auch 2009 war wieder eine gemischte Delegation – zusammen mit Vertretern aus Chile und Kolumbien – in Deutschland. Besondere Glaubwürdigkeit verleiht solchen Programmen nicht zuletzt die Vielfalt der Interpretationen von Sozialer Marktwirt-

schaft und die unterschiedlichen Akzentsetzungen, die dabei zutage treten: Wenn die Einschätzungen des Hauptgeschäftsführers des Arbeitgeberverbandes und der stellvertretenden Bundesvorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), der Vorsitzenden des Bundesverbandes Katholischer Unternehmer und der Vertreterin des Instituts der Deutschen Wirtschaft, von Wirtschaftspolitikern unterschiedlicher Provenienz und Exponenten von Industrie- und Handelskammern sich neben denen prominenter Wirtschaftswissenschaftler für die Gäste zu einem Mosaik fügen, wird auch die Bandbreite der Anwendungsmöglichkeiten und Interpretationen für das eigene Land schnell deutlich.

ERFOLGSMODELL *CÁTEDRA*

Beim kontinuierlichen ordnungspolitischen Dialog zum Thema Soziale Marktwirtschaft in Mexiko nimmt die sogenannte *Cátedra Konrad Adenauer* eine zentrale Stellung ein. Gemeinsam mit der Jesuitenuniversität ITESO in Guadalajara findet jedes Jahr eine Seminar- und Veranstaltungsreihe statt, die grundsätzliche Fragen des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft mit ihren aktuellen Anwendungen auf die konkrete Situation in Mexiko mischt. Unter der Federführung von Professor Luis Ignacio Román werden jährlich neu die Prioritäten definiert, zu denen diese Weiterbildungs- und Dialogangebote unterbreitet werden. Das Programm wird durch eine intensive Präsenz im Internet flankiert, wo tausende von Downloads monatlich die Relevanz der verwendeten Materialien verdeutlichen. Einmal im Jahr erscheint darüber hinaus eine Bilanz-Publikation der Arbeit, die bei einem thematischen Forum vorgestellt wird.

Inzwischen findet das Instrument der *Cátedra* auch in anderen Landesteilen Mexikos Anklang: Sowohl in Oaxaca als auch in Chihuahua wurden – in unterschiedlicher Veranstalterkonstellation – erste Initiativen zu ihrer regionalen Installierung unternommen. Dabei wirken auch örtliche Unternehmerverbände und Kammern mit – die Universitäten betrachten das Angebot als eine wertvolle Ergänzung, als reizvoll für Studenten und Lehrende und nicht zuletzt als Brücke in die Gesellschaft.

Das ITESO und die *Cátedra* sind immer wieder mexikanischer Anker für das Regionalprogramm SOPLA (s. Seite 11), auch wurden mexikanische Autoren und Experten regelmäßig in dessen aktuelle Forschungs-

und Publikationsprojekte integriert. Diese wiederum konnten bei eigenen Veranstaltungen in Mexiko erfolgreich vorgestellt werden, was für zusätzliche Synergien sorgte.

DIALOG MIT DEN SOZIALPARTNERN

Einen besonderen Stellenwert hat für die KAS in Mexiko seit langem der Dialog mit den Sozialpartnern. Dabei sind sowohl das gewerkschaftliche Bildungs- und Beratungszentrum CENPROS – lange Jahre ein institutioneller Partner im Rahmen der Kooperation mit dem Gewerkschaftsdachverband CLAT – als auch der christliche Unternehmerverband USEM bewährte Säulen der Kooperation.

Vor allem im Bereich der Gewerkschaften in Mexiko sind Zugang und Einfluss alles andere als einfach: Eine jahrzehntelange korporatistische Tradition im Zusammenspiel mit und integriert in die de facto Einheitspartei PRI haben Verhaltensweisen entstehen lassen, die einem modernen Gewerkschaftsverständnis und einer nachhaltigen Vertretung von Arbeitnehmerinteressen nicht entsprechen. Intransparente Strukturen, autoritäre Führungsfiguren ohne wirkliche demokratische Legitimation, semi-klandestines Verhandlungsgebaren bei Tarifgesprächen und Ähnliches mehr sind tägliche Praxis, insbesondere im staatlichen und para-staatlichen Sektor. Beobachter definieren die mexikanischen Gewerkschaften nicht selten als eines der Entwicklungshindernisse bei der Einstellung der mexikanischen Wirtschaft auf die Zukunft.

Allerdings lässt auf der anderen Seite des Spektrums das Gebaren der Arbeitgeber in Mexiko ebenfalls viele Wünsche offen. Auch hier ist man vielerorts traditionell gewöhnt, Gewinne eher durch politische Gefälligkeiten, Protektion und eine Verquickung mit dem staatlichen Machtapparat als durch wirkliche Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Nicht alle sehen, dass gerade Investitionen in Humankapital, Forschung und Entwicklung sowie ein angemessenes soziales Klima wichtige Standortfaktoren sind und Zukunftsfähigkeit einer Wirtschaft definieren.

Hier setzen die Bildungs- und Dialogaktivitäten mit CENPROS und USEM immer wieder an. Von der Betriebsräteebene aufwärts versucht die KAS gemeinsam mit CENPROS, Bewusstsein für moderne Gewerkschaftsarbeit zu wecken und *capacity building* zu betreiben. Platz ist dabei auch für die Analyse

von Globalisierungsfolgen aus gewerkschaftlicher Sicht oder Fragen der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Beruf und Gesellschaft. Besonders aufmerksam verfolgt der Sektor natürlich aktuelle Diskussionen um eine Deregulierung des Arbeitsmarktes und die Debatte um eine grundlegende Reform des Arbeitsrechts, das auch in Mexiko als überaus restriktiv gesehen werden kann. Ein wichtiges Augenmerk gilt zudem dem sogenannten informellen Sektor, in dem ein erheblicher Teil der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung in Mexiko sein Auskommen findet – allerdings ohne jegliche soziale Absicherung.

USEM hat sich speziell die soziale Verantwortung des Unternehmers auf die Fahnen geschrieben und bindet die Konrad-Adenauer-Stiftung auch in ihre internationalen Veranstaltungen und Kooperationen ein. Nicht zuletzt Kurzzeitexperteneinsätze leisten wichtige Überzeugungsarbeit dazu, dass wirtschaftliche Effizienz und soziale Verantwortung keine Gegensätze sein müssen.

Immer wieder ist es dabei nötig, die Rolle des Staates in einer Sozialen Marktwirtschaft auszubuchstabieren. Da unterscheiden sich die Debatten in Mexiko kaum von denen, die in der Bundesrepublik Deutschland stattfinden. Ein wichtiges und bei vielen Gelegenheiten eingesetztes Informationsmittel ist dabei auch in Mexiko nach wie vor das „Lexikon Soziale Marktwirtschaft“, das in der spanischen Übersetzung bereits in dritter Auflage erschienen ist. Dieses Kompendium der Wirtschaftspolitik von A bis Z vermittelt auch mexikanischen Entscheidungsträgern schnell und übersichtlich einen Eindruck von den *essentials* der Sozialen Marktwirtschaft. Zahlreiche nationale und regionale Veröffentlichungen zum Thema flankieren diese Publikation – jüngst hinzugekommen die ebenfalls auf Spanisch vorgelegten „Leitlinien für Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften“ als Grundlagendokument der KAS zum Thema.

GRUNDLAGEN CHRISTLICHER SOZIALLEHRE

Ergänzt wird dieser Dialog auch durch die Einbeziehung der katholischen Kirche in Mexiko. Dazu gehören gemeinsame Veranstaltungen zur katholischen Soziallehre und zur Sozialen Marktwirtschaft mit verschiedenen Diözesen des Landes ebenso wie Kooperationen mit dem Bildungs- und Beratungszentrum



Teilnehmer des wirtschafts- und technologiepolitischen Dialogprogramms mit dem Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie

IMDOSOC, die sich die Vermittlung dieser Ideen zur Aufgabe gemacht hat. Vor allem die Diözesen von Texcoco und Teotihuacan – zu ihnen gehören zahlreiche soziale Brennpunkte im Umfeld der Hauptstadt Mexikos – waren bisher Vorreiter.

Bei seinem jüngsten Mexiko-Besuch konnte der stellvertretende Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Staatsminister a. D. Anton Pfeifer, Vertretern der mexikanischen Bischofskonferenz die Kooperation der Stiftung mit der päpstlichen Kommission „Justitia et Pax“ bei der Erarbeitung von Curricula zur Vermittlung der katholischen Soziallehre vorstellen, ein Projekt, das sicher auch die künftige Arbeit in Mexiko voranbringen wird.

Alles in allem stützt sich der ordnungspolitische Dialog der Stiftung zum Thema Soziale Marktwirtschaft in Mexiko auf ein inzwischen recht enges Netz von Initiativen auf unterschiedlichen Ebenen, die sich gegenseitig ergänzen und befruchten. So dürfte es auch in Zukunft möglich sein, für die nötige Nachhaltigkeit dieses Ansatzes zu sorgen und die aktuellen wirtschaftspolitischen Debatten und Weichenstellungen im Lande zu bereichern. Die Aufnahmebereitschaft für entsprechende Ideen ist vorhanden.

*Frank Priess
Leiter des KAS-Länderprogramms Mexiko
www.kas.de/mexiko*

EUROPA

LÄNDERPROGRAMM SERBIEN

Serbien befindet sich in einem tiefgreifenden Veränderungsprozess. Anders als in den meisten sogenannten Transformationsländern begannen hier aufgrund der verlorenen Jahre unter Slobodan Milošević erst nach dem 5. Oktober 2000 die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Reformen. Die derzeitige Lage im Land zeichnet sich durch große Unterschiede in der Entwicklung zwischen den Städten und dem ländlichen Raum aus. Viele Menschen müssen mit sehr wenig Einkommen auskommen, die Arbeitslosigkeit ist hoch. Die sozialen Sicherungssysteme sind nicht in der Lage, ihre Funktion zufriedenstellend zu erfüllen. In der Wirtschaft haben sich Monopole gebildet, die ein Preisdiktat erlauben.

Die notwendigen Privatisierungsprozesse verliefen in weiten Teilen intransparent.

REFORMNOTWENDIGKEITEN

Ob Menschen ein neues Gesellschaftssystem akzeptieren, hängt in hohem Maße davon ab, in wieweit es gelingt, den Lebensstandard der breiten Masse der Bevölkerung zu verbessern. Misstrauen gegenüber den Fähigkeiten der politisch Handelnden sowie Enttäuschungen über die Entwicklungen nach der demokratischen Wende führten im ehemaligen Jugoslawien schnell zu genereller Skepsis gegenüber Marktwirtschaft und Demokratie. Reformprozesse müssen von den Menschen mit vollzogen, notwendige wirtschaftspolitische Maßnahmen müssen verstanden werden.

Blick auf Belgrad



In Serbien erfolgte in den zurückliegenden Jahren eine stetige Verbesserung des Lebensstandards; allerdings nur sehr langsam und in den Städten schneller als in den Dörfern. Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise, die auch vor diesem Land nicht Halt macht, bedroht zudem noch das mühsam Erreichte. Eine konsistente Wirtschaftspolitik ist nicht erkennbar: Die Parteien verfügen kaum über ausformulierte Programme, Wirtschaftskonzepte sind nicht vorhanden. Die Tagespolitik ist bemüht, die Anforderungen im Rahmen des EU-Integrationsprozesses zu erfüllen. Es werden Gesetze verabschiedet, die europäischen Standards mehr oder weniger genügen. Die Implementierung der Gesetzgebung fällt dagegen zurück. Es entsteht der Eindruck, dass die ergriffenen Reformschritte nicht einer systematischen Wirtschaftspolitik, einem schlüssigen Konzept folgen. Der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft ist weitestgehend unbekannt und kommt auch nicht in den Lehrplänen der Universitäten vor. Ein ordnungspolitischer Dialog findet bisher nicht statt.

DIE ORDNUNGSPOLITISCHE DEBATTE ANSTOSSEN

Vor dem oben beschriebenen Hintergrund möchte das KAS-Länderprogramm Serbien einen Anstoß für eine solche ordnungspolitische Debatte geben und dabei das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ins Blickfeld rücken. Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien sowie Studenten aus den genannten Feldern soll über verschiedene Maßnahmen die Möglichkeit gegeben werden, sich über Fragen der Wirtschaftsordnung in Serbien auszutauschen. Sie sollen dabei auch die Prinzipien und Wirkungsmechanismen der Sozialen Marktwirtschaft kennenlernen und Elemente, die für die serbische Wirtschaft von besonderer Bedeutung sein könnten, herausarbeiten.

In den verschiedenen Veranstaltungen der KAS zum Thema spielt die derzeitige Situation Serbiens ebenso eine Rolle wie die Entwicklungen in Deutschland und Europa. Stärken und Schwächen des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft in Zeiten der Globalisierung werden diskutiert. Seit die KAS 2001 ihr Büro in Serbien eröffnet hat, ist das Thema Soziale Marktwirtschaft Bestandteil ihrer Projektmaßnahmen. Anfangs fanden vereinzelte Veranstaltungen statt. In den Jahren 2004 bis 2007 wurde im Auftrag der KAS ein Magazin für das öffentlich-rechtliche Fernsehen pro-



Der Lebensstandard der breiten Masse der serbischen Bevölkerung hat mit der wirtschaftlichen Entwicklung nicht Schritt gehalten.

duziert, das zunächst im ersten, später im zweiten Programm ausgestrahlt wurde. Dieses jeweils halbstündige Wirtschaftsmagazin griff verschiedene Aspekte der serbischen Wirtschaftspolitik auf und stellte stets die Brücke zum Thema Soziale Marktwirtschaft her. Leider konnte nicht erreicht werden, dass der Fernsehsender im Laufe der Zeit selbst Verantwortung für die Produktion dieser Sendung übernahm. Deshalb begann die KAS Mitte 2007 eine Reihe von Maßnahmen zu entwickeln, die einen direkteren Zugang zu wichtigen Zielgruppen erlauben sollten. Dadurch ist es ihr möglich, spezifischer auf die Bedürfnisse ihrer Adressaten einzugehen und eine schnellere Rückmeldung über die Wirkung der Maßnahmen zu erhalten.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHES FORUM

Im Jahr 2008 nahm die KAS die Durchführung von wirtschaftspolitischen Foren auf. Diese sollen eine Plattform für den ordnungspolitischen Dialog von Politikern, Wissenschaftlern, Unternehmern, Journalisten und Wirtschaftsstudenten in Serbien bieten. Das Thema der Sozialen Marktwirtschaft als Wirtschaftskonzept zieht sich wie ein roter Faden durch diese Reihe. Dabei wurde deutlich, dass vor dem Hintergrund einer sozialistischen Vergangenheit mit zentraler Planwirtschaft insbesondere das Soziale an dem Modell schnell missverstanden werden kann. Zu diesen wirtschaftspolitischen Foren werden immer zwei Referenten aus Serbien und Deutschland eingeladen,

die zu verschiedenen Themen im Zusammenhang mit der Sozialen Marktwirtschaft vortragen. Anschließend findet eine in der Regel lebhaftere Debatte statt. Diese Diskussionen stellen unter Beweis, dass es vor Ort einen großen Bedarf an Austausch über wichtige Themen wie Beschäftigungspolitik, serbische Wirtschaftspolitik und Fragen der Globalisierung gibt. Partner dieser Reihe, die viermal im Jahr stattfindet, ist die ProCredit Bank. Die Foren erfreuen sich großer Resonanz, die Debatten haben ein hohes Niveau. Schwierig war es aber bisher, immer wieder auch Politiker und Journalisten zur Teilnahme zu gewinnen. Zum Ende der Foren 2008 veranstaltete die KAS eine hochrangige Wirtschaftskonferenz unter dem Motto „Vom Markt zur Sozialen Marktwirtschaft“, an der über hundert Gäste teilnahmen. Professor Dr. Michael Eilfort von der Stiftung Marktwirtschaft und der Wirtschaftsminister und stellvertretende Ministerpräsident Serbiens, Mladan Dinkic, gaben die Impulsreferate.

„WIE SOZIAL IST DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT?“

Unter diesem Motto finden alle drei Monate Workshops mit dem Sozialausschuss der „Ständigen Konferenz“, dem serbischen Städte- und Gemeindebund, statt. Bei diesen Veranstaltungen wird der Fokus auf die Instrumentarien der Beschäftigungsförderung gelegt, wobei besonderes Interesse an den Erfahrungen in Deutschland, vor allem in den neuen Bundesländern, besteht. Insbesondere die serbischen Bürgermeister mit ihren Verwaltungsmitarbeitern sowie die Gemeinderäte stehen vor der Herausforderung, unter den gegebenen schwierigen Bedingungen die bestmögliche Entwicklung für ihre Gemeinde bzw. ihre Stadt zu fördern. Zu den Workshops werden regelmäßig Referenten aus Deutschland eingeladen, die Expertise im kommunalpolitischen Bereich oder im Bereich der Arbeitsverwaltung einbringen können. Das Interesse der Mitglieder des Sozialausschusses an diesen Workshops ist sehr hoch.

DIE ORDNUNG HINTER DEN GESETZEN

Die Mitarbeiter in Ministerien spielen bei der Erarbeitung von Gesetzentwürfen eine wichtige Rolle. Ihre Vorstellungen und Werthaltungen zu den zu bearbeitenden Sachverhalten fließen unweigerlich in die von ihnen erstellten Gesetzentwürfe ein. Haben sie ein klares Wirtschaftskonzept vor Augen, so könnte dies

auch ihre Gesetzesarbeit beeinflussen. Aus diesem Grund führt die KAS Seminare für Mitarbeiter des serbischen Wirtschafts- und Arbeitsministeriums durch. Ist diesen das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft vertraut, so könnte es Auswirkungen auf ihre Vorlagen und internen Diskussionen haben. Partner bei diesen Seminaren ist ein EU-Twinningprojekt, das derzeit im genannten Ministerium stattfindet.

In Kooperation mit der Europäischen Bewegung organisiert die KAS Rundtischgespräche für Studierende an serbischen Universitäten. Ziel ist, ihnen das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft vorzustellen, da dieses bislang in der universitären Ausbildung in Serbien keinen Platz hat. Seit zwölf Jahren führt das ESPI-Institut, ein serbisches Wirtschafts- und Sozialinstitut, eine Sommerschule für exzellente Wirtschaftsstudenten aus der Region des westlichen Balkan durch. Daran nehmen als Referenten regelmäßig hochrangige Professoren und Wirtschaftswissenschaftler teil. 2009 eröffnete der Wirtschaftsminister und stellvertretende Ministerpräsident Serbiens, Mladan Dinkić, diese Sommerschule und auch die KAS engagierte sich dort zum ersten Mal. Die Stiftung übernahm eine Seminareinheit zum Thema „Soziale Marktwirtschaft“ – für die Studenten ein Novum. Sie reagierte ausgesprochen positiv und machten deutlich, dass ihnen zum ersten Mal ein Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft im konstruktiven Sinne vorgestellt wurde. Die interaktive Unterrichtsmethode wurde dabei begeistert aufgenommen. KAS und ESPI-Institut vereinbarten daraufhin eine Kooperation zur Sommerschule auch für die kommenden Jahre.

WIRTSCHAFTSRAT DER DEMOKRATISCHEN PARTEI SERBIENS

Konzeptionelle und programmatische Arbeit ist bislang bei den serbischen Parteien wenig ausgeprägt. In den Programmen der beiden EVP-assozierten Parteien Serbiens, der Demokratischen Partei Serbiens DSS und der G17Plus, kommt daher auch die Soziale Marktwirtschaft nicht vor. Der G17Plus wird Wirtschaftsnähe unterstellt, da sie immer den Finanz- oder Wirtschaftsminister stellt. Mit einem spezifischen Wirtschaftskonzept werden diese jedoch nicht assoziiert. Die DSS war und ist bis heute stark auf Fragestellungen rund um das Kosovo konzentriert, so dass sie im Ergebnis durch die Wähler zweimal hintereinander jeweils um ein Drittel ihrer Parlamentsstärke



Ein Unternehmerseminar und ein wirtschaftspolitisches Forum der KAS in Belgrad

dezimiert wurde. Die KAS bemüht sich, die DSS für wirtschaftspolitische Fragestellungen zu gewinnen, da dieser Politikbereich für die Menschen von besonderer Bedeutung ist. Vor einem Jahr hat die DSS nunmehr einen innerparteilichen Wirtschaftsrat gegründet, mit dem die KAS zusammenarbeitet. In Workshops setzt sich dieser mit grundlegenden Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung in Serbien auseinander. Ziel der Kooperation zwischen der KAS und dem Wirtschaftsrat ist, dass das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft von der DSS aufgegriffen und in die Fortentwicklung des Parteiprogramms integriert wird. Die Stiftung möchte die Partei ermuntern, ihre wirtschaftspolitischen Ideen öffentlich zu diskutieren und damit den ordnungspolitischen Dialog in die Politik einzuführen. Dieses Bemühen orientiert sich auch am Ziel, die Programmentwicklung der EVP-nahen Parteien zu fördern.

SEMINARE FÜR UNTERNEHMER

Gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Belgrad plant die KAS zudem eine neue Seminarreihe, die gezielt Unternehmer ansprechen soll: Tarifautonomie, Arbeitgeberverbandswesen, Sozialpartnerschaft – all das sind wichtige Teilgebiete einer Sozialen Marktwirtschaft, die in Serbien noch sehr stark unterentwickelt sind. Es bedarf engagierter Unternehmer, die sich ihrer sozialen Verantwortung für die Gesellschaft und das Gemeinwohl bewusst sind. Die geplanten Semi-

nare sollen das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft bekannt machen, die Arbeit und Verantwortung von Arbeitgeberverbänden vermitteln, die Idee der Sozialpartnerschaft weitergeben und somit die Unternehmer zu einer engagierten Wahrnehmung ihrer Aufgaben innerhalb des gesellschaftlichen Rahmens motivieren.

Begleitmaterialien für die KAS-Veranstaltungen sind das „Lexikon Soziale Marktwirtschaft“, das die KAS auf Serbisch übersetzen ließ, und die Broschüre „Wohlstand für Alle! – Grundideen, Prinzipien und Konzepte der Sozialen Marktwirtschaft“, die in das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft einführt und die Neugier auf „mehr“ wecken soll.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat in Serbien begonnen, das Thema Soziale Marktwirtschaft in ihrer Projektsystematik deutlich zu stärken. Dabei konnte sie in den vergangenen Jahren wichtige Partner für diesen Bereich gewinnen. Die bisherigen Erfahrungen geben Anlass zur Hoffnung, dass in Serbien das Modell der Sozialen Marktwirtschaft in einigen Jahren einen Platz in der wirtschaftspolitischen Diskussion einnehmen kann.

Claudia Crawford
Leiterin des KAS-Länderprogramms Serbien
(bis Januar 2010)
www.kas.de/serbien

LÄNDERPROGRAMM POLEN

Historisch ist das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft vor allem durch die Entwicklung in den Aufbaujahren der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis 1966 in der Ära von Bundeskanzler Konrad Adenauer und seinem Wirtschaftsminister und Kanzlernachfolger Ludwig Erhard geprägt. Sie setzten das wegen der Betonung des Ordnungsgedankens auch als „Ordoliberalismus“ bezeichnete Wirtschaftskonzept, in dem der Staat als Vertreter der Allgemeinheit und als Gestalter sowie Träger der Wirtschaftsordnung, nicht jedoch als Lenker der einzelnen Wirtschaftsprozesse auftritt, erfolgreich politisch um und schufen so die Grundlagen für das spätere „deutsche Wirtschaftswunder“.

ZWISCHEN REFORMNOTWENDIGKEIT UND SOZIALER VERANTWORTUNG

Heute muss sich dieses Wirtschaftswunder angesichts von Tendenzen wohlfahrtsstaatlicher Überlastung des Fiskus einerseits und von wirtschaftlichen Krisen im In- und Ausland aufgrund mangelnder Regelsetzung und -beachtung besonders behaupten. Liberalere Alternativen, Weiterentwicklungen wie die „Neue Soziale und Ökologische Marktwirtschaft“ oder jüngst ein – von manchen Seiten dauerhaft eingeforderter – stärkerer staatlicher Dirigismus über die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise hinaus werden erwogen. Doch es ist die Soziale Marktwirtschaft mit ihren ursprünglichen Prinzipien und Leitbildern, die gerade in diesen Krisenzeiten Antworten und wirtschaftspolitische Orientierung gewährt.

In dieser Situation bietet sich der ordnungspolitische Dialog in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gerade in den Transformationsländern Mittelosteuropas als eine gemeinsame Denkbewegung zur Beantwortung der heutigen Herausforderungen in der Politikgestaltung an. Dieser Dialog muss aktuell auf die Fragen der Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise eingehen, darüber hinaus die Notwendigkeit der andauernden Transformation der postsozialistischen Länder mit dem Ziel der Angleichung der Lebensverhältnisse im Auge behalten und schließlich auf das generelle ordnungspolitische Problem der Austarierung von sozialer Verantwortung und notwendigen Reformen eingehen. In Polen kann man dabei an die Staatsverfassung vom 2. April 1997 anknüpfen, in der es in Artikel 20 heißt: „Die soziale Marktwirtschaft, gestützt auf die Freiheit der wirtschaftlichen Tätigkeit,



Der polnische Premierminister Donald Tusk bei einer Veranstaltung der KAS Warschau im September 2009

Privateigentum und Solidarität, Dialog und Zusammenarbeit der sozialen Partner, bildet die Grundlage der wirtschaftlichen Ordnung der Republik Polen.“

Dabei gilt es jedoch zunächst, mittlerweile nicht selten negative Klischees oder wohlfahrtsstaatliche Missverständnisse zur Sozialen Marktwirtschaft auszuräumen, um die eigentlichen ordnungspolitischen Grundsatzfragen anhand konkreter politischer Anliegen angehen zu können. Denn die Soziale Marktwirtschaft ist nach Alfred Müller-Armack, einem der Vordenker des Konzepts, ein Modell, das jeweils mit Blick auf die vorrangigen Ziele und Mittel sowie politisch-programmatisch unter den jeweils gegebenen Umständen entwickelt werden muss. Insofern ist das Konzept immer wieder neu auf eine gesellschaftspolitische Diskussion der normativen Grundlagen und politischen Prioritäten angewiesen.

Als Beispiel eines solchen negativen Klischees, das eine konkrete ordnungspolitische Diskussion behindert, kann die Äußerung des vormaligen Präsidenten der Polnischen Nationalbank und früheren liberalen Finanzministers Prof. Leszek Balcerowicz dienen, der in den 1990er Jahren die polnische Wirtschaft unter Inkaufnahme tiefer sozialer Einschnitte erfolgreich zu einer Marktwirtschaft umstrukturierte. Er sagte Anfang 2005 in einem Gespräch über die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen, sein Land brauche klare marktwirtschaftliche liberale Reformen, von denen das Leitbild einer Sozialen Marktwirtschaft nur ablenke. Das mag aus wirtschaftsliberaler Sicht richtig sein, vernachlässigt aber die Frage, wie man für die

notwendige Reformpolitik die politischen Mehrheiten gewinnen und den sozialen Zusammenhalt unter den schweren Belastungen der Reform und Transformation gewährleisten kann. So verlor die liberal-konservative „Bürgerplattform“ (PO) 2005 nicht zuletzt die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Polen, weil sie mit ihrer Parole eines liberalen, stärker auf Selbstverantwortung bauenden Polens dem Slogan vom solidarischen, auf Recht und Ordnung gründenden Polen der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) unterlag. Zwei Jahre später, im Herbst 2007, hatte die PO aus dieser Wahlniederlage offenbar die richtigen Schlüsse gezogen. Sie gewann mit großem Vorsprung, wobei der von der Konrad-Adenauer-Stiftung geförderte Parteidialog zwischen PO und deutschen Christdemokraten, die sich bezüglich der Frage des Sozialstaates in einer ähnlichen Lage befanden, mit zur Veränderung des ordnungspolitischen Profils der PO beigetragen haben mag. Jedenfalls brach sich in den Reihen der PO die Einsicht Bahn, dass mit einem vor allem marktliberalen Politikkonzept, das die Danziger Wirtschaftsliberalen um den heutigen Premier Donald Tusk damals in den Vordergrund stellten, für eine Volkspartei nur schwerlich Mehrheiten zu gewinnen sind, wenn glaubwürdige Antworten auf die sozialen Sorgen der Menschen fehlen.

Wie verfolgt nun die Konrad-Adenauer-Stiftung in dieser politischen Gemengelage in Polen ihr Ziel, neben den großen Arbeitsfeldern der Unterstützung der Parteidemokratie, der Zivilgesellschaft, der europäischen Integration und der deutsch-polnischen Beziehungen auch die ordnungspolitische Diskussion über das Konzept und die Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft zu fördern? Ein zentraler strategischer Partner ist dabei das Institut für Marktwirtschaftsforschung (IBnGR) mit Sitz in Danzig und einer Zweigstelle in Warschau. Das Institut ist 1989 aus den wirtschaftspolitischen Beraterkreisen der Gewerkschaft *Solidarność* heraus gegründet worden und arbeitet seitdem als Projektpartner mit der KAS zusammen. Es berät die Politik auf nationaler und regionaler Ebene und initiiert gesellschaftliche Dialoge im Rahmen von Bürgerforen, so z. B. zum Lissabon-Prozess. Da es immer wieder zu einem Personalaustausch zwischen Institut und Regierung kommt – so ist der frühere Vizepräsident des Instituts, Dr. Maciej Grabowski, derzeit der für Steuerfragen zuständige Staatssekretär im Finanzministerium –, ist der Wechsel zwischen theoretischer Beratung und politischer Praxis ein interessantes Moment in der Arbeit des Instituts.



Diskussionsveranstaltung über die politischen Herausforderungen der Finanz- und Wirtschaftskrise mit dem Vizepremier Polens a. D. und Finanzminister Prof. Leszek Balcerowicz, dem EU-Kommissar Dr. Janusz Lewandowski, Ministerpräsident a. D. Georg Milbradt sowie Dr. Werner Langen MdEP, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament

Das Marktforschungsinstitut organisierte gemeinsam mit der KAS Ende 2007, kurz nach der Neubildung der Regierung von PO und Volkspartei (PSL), ein Expertengespräch zum Thema „Soziale Marktwirtschaft und Globalisierung“. Teilnehmer waren u. a. Prof. Krzysztof Rybiński, Vizepräsident der Polnischen Nationalbank, Staatssekretär Michał Boni, der Leiter des politischen Planungsstabs des Premierministers, sowie einige führende Experten aus Wissenschaft und Gesellschaft. Die Ergebnisse wurden in Polnisch und Englisch in einer Broschüre festgehalten. In einem zweiten Schritt wurde diese innerpolnische Diskussion in einer internationalen Konferenz der KAS im April 2008 in Danzig mit dem Titel: „Ordnungspolitische Ansätze im Vergleich: Soziale Marktwirtschaft in Mittel- und Südosteuropa“, an der einige führende Wirtschaftspolitiker der PO teilnahmen, auf eine breitere Grundlage des theoretischen und praktischen Austausches gestellt. Experten aus Estland, Polen, Bulgarien, Kroatien, Belarus, der Ukraine, Serbien und Deutschland stellten ordnungspolitische Lösungsansätze und aktuelle Entwicklungen zur Sozialen Marktwirtschaft in ihren jeweiligen Ländern vor. Ergänzende Publikationen in der Reihe „Rapporte“ der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen wie der Beitrag des Freiburger Wirtschaftswissenschaftlers Nils Goldschmidt zum „Streit um das Soziale in der Marktwirtschaft“ (Nr. 13/2009) oder der „Jenaer Aufruf zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft“ sollen den ordnungspolitischen Gedankenaustausch zwischen Deutschland und Polen gezielt anregen.

Darüber hinaus findet die ordnungspolitische Diskussion immer wieder Eingang in den parteipolitischen Dialog im Rahmen der gegenseitigen Besuchsprogramme und die deutsch-polnischen Politikertreffen sowie in hochrangige öffentliche Diskussionsveranstaltungen. So debattierten 2009 auf der von der KAS mit Partnern in Krakau veranstalteten „Europa-Kirchen-Konferenz“ der schon erwähnte frühere polnische Vizepremier und Finanzminister Prof. Leszek Balcerowicz mit dem neuen polnischen EU-Kommissar Dr. Janusz Lewandowski (PO), der wiederum mit dem Danziger Forschungsinstitut für Marktwirtschaft verbunden ist, sowie den beiden deutschen CDU-Politikern Ministerpräsident a. D. Georg Milbradt und Dr. Werner Langen, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament, über die politischen Herausforderungen angesichts der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Dabei kamen die verschiedenen ordnungspolitischen Akzentuierungen auf nationaler und europäischer Ebene zwischen einer eher liberalen und einer eher sozial-marktwirtschaftlichen Perspektive zum Ausdruck. Ende 2009 wurde das Fachgespräch auf einer polnisch-deutschen Expertenkonferenz mit Vertretern des „Jenaer Aufrufs“, einer wissenschaftlichen Allianz zum ordnungspolitischen Dialog, in Warschau weitergeführt. Zentrale Themen waren die Perspektiven und notwendigen Schritte nach der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Die konkreten Auswirkungen dieses von der KAS betriebenen ordnungspolitischen Dialogs sind schwer zu messen. Feststellen lässt sich aber, dass das Thema im gegenseitigen Meinungs- und Erfahrungsaustausch sowohl für die polnischen wie für die deutschen Gesprächspartner von Interesse ist und zum gegenseitigen politischen Verständnis beiträgt. Darüber hinaus ist zu vermuten, dass die Ergebnisse in der einen oder anderen Weise als zusätzliche Orientierung in die politischen Entscheidungsprozesse einfließen. Am Ende zählt der Erfolg, den eine gute ordnungspolitische Konzeption zeitigt und über den der Wähler schließlich zu befinden hat. Diesbezüglich stehen die Partnerparteien CDU/CSU in Deutschland sowie PO und PSL in Polen als Regierungsparteien nicht schlecht da.

Stephan Raabe
 Leiter des KAS-Länderprogramms Polen
www.kas.de/polen



Social Market Economy and Globalisation

Institut für Marktwirtschaftsforschung Danzig und Konrad-Adenauer-Stiftung Warschau, Danzig/Warschau 2008, 115 Seiten, mit Beiträgen u.a. von Maciej Grabowski, Stephan Raabe, Danuta Hübner, Krzysztof Rybiński, Michał Boni (auch in polnischer Sprache)



Nils Goldschmidt: Der Streit um das Soziale in der Marktwirtschaft

Rapporte der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen Nr. 7/2008, 16 Seiten deutsch/polnisch



Jenaer Aufruf zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft

Rapporte der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen Nr. 13/2009, 16 Seiten deutsch/polnisch



AFRIKA/NAHER OSTEN

REGIONALPROGRAMM POLITISCHER DIALOG WESTAFRIKA

In der Region Westafrika spielt Wirtschaftspolitik bisher eine marginale Rolle. Wirtschaftliche Einnahmequellen ergeben sich in der Regel nur über den Staat, der als dominierender Akteur auftritt; eine funktionsfähige Privatwirtschaft gibt es kaum. Dabei benötigt der Staat die aus den Privatisierungen resultierenden Einnahmen dringend, da er aufgrund des ausgeprägten informellen Wirtschaftssektors nur über niedrige Steuereinnahmen verfügt.

Der Diskurs über Ordnungspolitik im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft wird dominiert von der extremen Armut in der Region. Fünf der sechs Programmländer des Programms Politischer Dialog Westafrika der KAS (PDWA) – Benin, Burkina-Faso, Mali, Niger, Togo und Côte d'Ivoire – gehören der Liste der fünfzig weltweit am wenigsten entwickelten Länder an und verfügen über ein durchschnittliches Bruttonationaleinkommen von jährlich weniger als 750 US-Dollar pro Kopf. Die Länder sind größtenteils nicht industrialisiert und in weiten Teilen dominiert die Schattenwirtschaft. Es werden hauptsächlich Rohstoffe gewonnen und der wirtschaftliche Fortschritt hängt stark von deren Entwicklung auf dem Weltmarkt ab. Eine ausgeprägte Konzentration auf bestimmte Schlüsselsektoren, wie beispielsweise Baumwolle, macht die Märkte zudem extrem abhängig für interne oder externe Preisschocks. Der Agrarsektor bietet nach wie vor die meisten Arbeitsmöglichkeiten. Im sekundären und tertiären Sektor – Rohstoffverarbeitung und Dienstleistungen – finden nur wenige Menschen eine Beschäftigung. Unter diesen Bedingungen ist es nicht verwunderlich, dass nur wenige Teile der Bevölkerung über ausreichende wirtschaftliche Kenntnisse verfügen.



ANGESPANNTE WIRTSCHAFTLICHE LAGE

Die internationale Finanzkrise hat sich auch auf die Programmländer ausgewirkt, obwohl diese nur schwach in den globalen Finanzmarkt eingebunden sind. Aufgrund der ausgeprägten Abhängigkeit der Wirtschaft vom Rohstoffexport und aufgrund der sinkenden Preise auf den Weltmärkten kam es zum Einbruch des Wirtschaftswachstums. Auch die Kapitalflüsse in die Programmländer sind rückläufig. Ebenso zeichnet sich eine nachlassende Entwicklungsfinanzierung seitens der Industrieländer ab. Eine wichtige Einnahmequelle für die Länder der Region sind die Rücküberweisungen afrikanischer Migranten aus Europa und Übersee: So ist beispielsweise die malische Diaspora mit Rücküberweisungen in Höhe von umgerechnet 183 Millionen US-Dollar im Jahr 2008 der wichtigste Wirtschaftsfaktor für das Land gewesen. Diese Geldtransfers haben in Folge der Krise nachgelassen.

Das Engagement Chinas hat sich in den Ländern des PDWA wie in ganz Westafrika weiter fortgesetzt. Die Folgen dieser Entwicklung sind bisher nicht abzusehen. Aber es ist anzunehmen, dass künftig soziale Spannungen entstehen werden, wenn die aus China stammenden Migranten mit der einheimischen Be-

völkerung im Niedriglohnsektor konkurrieren. Die regionale wirtschaftliche Integration vollzieht sich trotz der gemeinsamen Währung nur sehr langsam. Rund zehn Prozent des Außenhandels entfallen auf den Binnenmarkt, mehr als sechzig Prozent des Handels wird mit europäischen Ländern betrieben. Grund hierfür sind vor allem die fehlende Infrastruktur sowie mangelnde Rahmenvereinbarungen zwischen den Ländern der Region.

Dennoch sind Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung der Programmländer auszumachen. So bescheinigte der von der Weltbank herausgegebene „Doing Business Report“ Benin für das Jahr 2008 eine Verschlechterung um zehn Plätze. Dies ist ein deutlicher Indikator für negativere ökonomische Rahmenbedingungen. Für das von internationaler Hilfe abhängige Land ist dies fatal. Togos wirtschaftliche Entwicklung wurde in letzter Zeit durch steigende Lebensmittel- und Energiepreise geschwächt. An Stelle eigener Initiativen für ein wirtschaftliches Programm, das sich intensiv wirtschaftspolitischen Fragen widmet, wird auf die Unterstützung der internationalen Gebergemeinschaft gewartet. Eine Sanierung mit externer Hilfe erscheint jedoch wenig aussichtsreich: Die politischen Entscheidungsträger müssten selber tätig werden und Reformen anstoßen. Die Privatisierung zahlreicher verschuldeter und schlecht geführter Staatsbetriebe könnte ein Anfang sein. Dabei könnte der Hafen in Lomé, der seit der politischen Krise in der Elfenbeinküste häufiger frequentiert wird, dank neuer Infrastruktur ein logistischer Knotenpunkt in der Region werden. Das Programmland Burkina-Faso bemüht sich hingegen aktiv, seine Wirtschaftsleistung zu steigern. So verbesserte die Regierung die Bedingungen für den interregionalen Warenverkehr und für private Investoren. Damit gehört das Land gemeinsam mit Ghana zur Spitzengruppe der Reformstaaten in Westafrika. In der Elfenbeinküste werden wirtschaftliche Aktivitäten unter anderem durch illegale Wegzölle behindert, die die Waren um bis zu 25 Prozent verteuern. Zudem ist davon auszugehen, dass dem Staat, der eigene Ölvorräte besitzt, durch die gefallenen Ölpreise eine wichtige Einnahmequelle verlorengeht. Mali zählt zu den fünf ärmsten Ländern der Welt, was die Reformmöglichkeiten im Wirtschaftssektor limitiert. Durch erhöhte Subventionen für Grundnahrungsmittel, nachdem 2008 Öl- und Lebensmittelpreise gestiegen waren, konnten zwar Proteste in der Bevölkerung verhindert werden, aber das Staatsbudget wurde geschwächt. Die dort eingeleiteten

Schritte zur Privatisierung wichtiger Schlüsselsektoren sind ein positives Signal, aber erst ein Anfang. Bisher gibt es in Mali kaum Privatwirtschaft und fast alle Gelder kommen aus der Staatskasse. Der Staat fürchtet, an Einfluss zu verlieren, sowie eine Verschärfung sozialer Spannungen durch verstärktes privatwirtschaftliches Engagement. In Niger ist die wirtschaftliche Situation durch Stagnation geprägt. Das Land rangiert auf dem sechszehnten Platz des *Human Development Index* (HDI) 2008 und ist sehr anfällig für endogene und exogene Krisen. Ein mit mehr als einer Milliarde Euro Investitionsvolumen gefördertes Projekt zum Uranabbau – das größte industrielle Projekt in der Geschichte des Landes – könnte Niger ab 2010 zum weltweit zweitgrößten Uranproduzenten machen. Im Jahr 2008 kündigte der Internationale Währungsfonds (IWF) einen dreijährigen Plan zur Armutsreduktion sowie die Vergabe von Wachstumskrediten an, was andere Anleger dazu bewog, ebenfalls Investitionen in die Infrastruktur und die Wirtschaft zu tätigen. Dem gegenüber stehen die erfolglosen Bemühungen der Regierung, nach der Nahrungsmittelkrise die Preise für Lebensmittel wieder zu senken. Die Inflation stieg von 2007 auf 2008 um 15,4 Prozent an.

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ALS ORIENTIERUNGSRAHMEN

Dieser Kontext zeigt deutlich, vor welchen wirtschaftlichen Herausforderungen die Programmländer stehen. Die Arbeit des Regionalprogramms Politischer Dialog Westafrika zielt darauf ab, diese Herausforderungen aufzugreifen und einen ordnungspolitischen Austausch in der Region zu initiieren, der zeigt, dass die Soziale Marktwirtschaft als Orientierungsrahmen und Lösung zur Überwindung der vorherrschenden wirtschaftlichen Probleme dienen kann. Die Anwendung des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft könnte zu einer transparenteren Preispolitik beitragen und somit die Wirksamkeit des Preismechanismus erhöhen: Durch den entstandenen Wettbewerb sind die Anbieter gezwungen, ihre Produkte zu verbessern, und die in Westafrika häufig herrschende Klientelwirtschaft könnte eingedämmt werden, da allen Anbietern ein freier Marktzugang ermöglicht würde. Dieser würde zur positiven Entwicklung des westafrikanischen Wirtschaftsraumes beitragen und langfristig könnte ein entscheidender Beitrag zur Armutsbekämpfung geleistet werden. Die Verringerung der Armut wiederum ist ein wichtiger Stabilisator für die fragilen Demokratien in der Region.

Der konzeptionelle Ansatz, mit dem das Regionalprogramm dieses Ziel erreichen will, ist in drei Ebenen unterteilt: Zum einen soll die Expertise der Mitglieder der Partnerparteien zu den Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft gestärkt und gefestigt werden. Insbesondere junge Nachwuchspolitiker sollen den notwendigen Sachverstand erwerben, um ordnungspolitische Ideen und Konzepte im regionalen Kontext umsetzen zu können. Gleichzeitig sollen sie dazu befähigt werden, regionale Politik auch unter Einbeziehung der Aspekte internationaler wirtschaftlicher Einflüsse zu gestalten. Um diese Zielvorgabe zu erreichen, veranstaltete das Regionalprogramm gemeinsam mit den Partnerparteien des UPADD (*Union des Partis Africains pour la Démocratie et le Développement*)-Bündnisses regelmäßig Konferenzen zum Thema und wird diese Arbeit auch in Zukunft fortsetzen. So wurde beispielsweise im November 2008 eine Regionalkonferenz zum Thema „Die internationale Finanzmarktkrise“ in Togo veranstaltet, im März 2009 eine Regionalkonferenz zum Thema „Die Rolle des Unternehmers in der Sozialen Marktwirtschaft“. Im Nachgang zu den Regionalkonferenzen erscheinen Publikationen zu den entsprechenden wirtschaftspolitischen Themen.

Im Mittelpunkt der Kooperation steht die Junge UPADD, ein Zusammenschluss von Nachwuchspolitikern aus der Region Westafrika, der sich besonders mit wirtschaftspolitischen Fragen auseinandersetzt. Kürzlich wurde das Netzwerk der jungen Führungskräfte weiterentwickelt, neben Regionalkonferenzen existiert auch ein regionaler Arbeitskreis. Dieser besteht aus rund dreißig Mitgliedern aus allen sechs Projektländern und die Teilnehmer sind auf wirtschaftspolitische Themen spezialisiert. Viele Mitglieder des Arbeitskreises sind auch in wirtschaftsnahen Berufen tätig. Alle Teilnehmer haben Funktionen in ihren Parteien inne und gehören dort zum Führungsnachwuchs. Zudem existieren seit 2008 auch nationale Gesprächskreise. Diese basieren auf dem Konzept, wirtschaftspolitisch interessierte Nachwuchspolitiker zusammenzuführen und weiterzubilden. Ergänzt werden die nationalen Gesprächskreise durch Workshops zu Wirtschaftsthemen in den einzelnen Ländern Westafrikas. Das Netzwerk Junge UPADD arbeitet auch onlinegestützt. Der Arbeitskreis ist über eine Internetplattform in ständigem Diskussionskontakt. Ein Mitarbeiter der KAS moderiert und bereichert die Diskussionen der Gruppe, indem er den Teilnehmern Texte zu ordnungspolitischen Themen und aktuellen

Marktstraße in Lomé, Togo



wirtschaftspolitischen Fragestellungen der Region zur Verfügung stellt. Bei Fragen können sich die Nachwuchspolitiker an den Moderator wenden, und er erläutert einzelne Aspekte ggf. ausführlicher. Die Themen der Regionalkonferenzen sind Ergebnis dieser Internetdiskussionen. Im Rahmen einer „Virtuellen Akademie“ wird z.B. ein Seminar zum Thema „Soziale Marktwirtschaft und deren Umsetzung in Afrika“ durchgeführt. Die Teilnehmer nehmen online an einem Seminar teil, bereiten einzelne Themenaspekte vor und präsentieren diese. Darüber hinaus bietet das Forum der „Virtuellen Akademie“ zahlreiche weitere Informationsleistungen zum Thema an. Der Arbeitskreis soll bewusst nur langsam wachsen, damit sich unter den Teilnehmern aus sechs Ländern und verschiedenen Parteien ein Vertrauensverhältnis entwickeln kann. Ziel ist eine gemeinsame Vorstellung von einer wirtschaftspolitischen Konzeption.

Die zweite Ebene des konzeptionellen Ansatzes sieht die Stärkung des wirtschaftspolitischen Sachverständnisses der zivilgesellschaftlichen Akteure vor, die die entsprechenden Diskussionen innerhalb der Bevölkerung ausweiten sollen. Dem Konzept folgend werden in der Region grundlegende Elemente der Sozialen Marktwirtschaft wie zum Beispiel Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit, freie Preisbildung, transparente Märkte, freier Wettbewerb, ein politischer Ordnungsrahmen und das Prinzip der Solidarität zur Diskussion gestellt. Gemeinsam mit den KAS-Partnern der Zivilgesellschaft, *Centre Africa Obota* und *SOS Civisme*, wird eine Serie von wirtschaftspolitischen Seminaren durchgeführt. Ziel ist es, das Nachdenken über wirtschaftliche Zusammenhänge in eine Diskussion mit breiter Beteiligung verschiedener Akteure in den Ländern Westafrikas zu etablieren. Mit Hilfe der beiden Nichtregierungsorganisationen (NRO) soll verstärkt wirtschaftliches Verständnis in der Gesellschaft und die Diskussion auch außerhalb der politischen Elite gefördert werden. Dies ist notwendig, um die wirtschaftspolitischen Entscheidungen in der Gesellschaft nachzuvollziehen. Auch zivilgesellschaftliche Akteure sollen zukünftig an virtuellen Seminaren teilnehmen. Damit diese die ihnen zugeordnete Kontrollfunktion über politische Akteure wahrnehmen können, ist es für sie unerlässlich, politische Konzepte und Ideen zu kennen. Nachdem sich die Seminarteilnehmer in einem ersten Abschnitt über wichtige Grundprinzipien der Verschränkung von Wirtschaft und Politik informieren, werden im zweiten Teil Möglichkeiten der ord-



nungspolitischen Gestaltung für die Zivilgesellschaft diskutiert. Über die eigenen Mitglieder hinaus dienen die Veranstaltungen dazu, Mitglieder anderer NRO an Wirtschaftsfragen heranzuführen.

Abgerundet wird das Konzept zur Stärkung des ordnungspolitischen Dialogs durch die Vermittlung wirtschaftspolitischer Kenntnisse für Medienvertreter. Nachdem viele Jahre lang die Idee der politischen Bildung federführend war, haben die in den Projektländern ausgestrahlten Fernseh- und Radiosendungen des PDWA nun einen ökonomischen Fokus. Die Partner *Centre Africa Obota* und *SOS Civisme*, denen die Gestaltung der Fernsehsendungen obliegt, haben bei den durchgeführten Veranstaltungen die Gelegenheit erhalten, ihr Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge zu vertiefen und dementsprechend ihre Sendungen zu gestalten. Darüber hinaus arbeitet das Regionalprogramm an der Bereitstellung von Informationsmaterial zur Sozialen Marktwirtschaft für das frankophone Westafrika. Mit diesen Maßnahmen wird die Bevölkerung direkt angesprochen und das Verständnis der Menschen über marktwirtschaftliche Zusammenhänge gestärkt.

David Robert
Leiter des KAS-Regionalprogramms Politischer Dialog
Westafrika

Anja Casper
Trainee im KAS-Regionalprogramm Politischer Dialog
Westafrika

www.kas.de/benin

REGIONALPROGRAMM POLITISCHER DIALOG MAGHREB

Marokko, Algerien und Tunesien sind als Mittelmeeranrainer direkte Nachbarn der Europäischen Union. Ihre politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität und Entwicklung ist für Europa von großer Bedeutung. Es ist deshalb in europäischem und deutschem Interesse, eine positive Entwicklung in den nordafrikanischen Ländern zu unterstützen.

Die Staaten Marokko, Algerien und Tunesien unterscheiden sich in ihrer politischen und wirtschaftlichen Ausgangslage zum Teil erheblich: Während Marokko und Tunesien als offene, exportorientierte Volkswirtschaften traditionell eine enge Verflechtung mit dem Weltmarkt – insbesondere mit der EU – suchen, ruht Algeriens Wirtschaft fast ausschließlich auf den Einnahmen aus dem Erdöl- und Erdgassektor. Marokko genießt seit Oktober 2008 im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik einen sogenannten „fortgeschrittenen Status“ in seinen Beziehungen zur EU. Im März 2010 fand ein erstes Gipfeltreffen zwischen Marokko und Vertretern der EU im spanischen Granada statt.

Tunesien strebt einen solchen fortgeschrittenen Status ebenfalls an. Algerien fällt dem gegenüber zurück, auch wenn seit 2005 ein Assoziierungsabkommen existiert. Gegenüber den beiden bevölkerungsreichen Nachbarstaaten Marokko und Algerien zeichnet sich das kleinere Tunesien durch eine breitere Mittelschicht und relativ gut ausgebildete Arbeitskräfte aus. Alle drei Staaten kämpfen aber auch mit vergleichbaren Problemen, wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß: Arbeitslosigkeit, defizitäre Bildungssysteme, verbesserungsfähige rechtliche Rahmenbedingungen, unzureichende unternehmerische Initiative, Korruption und überbordende Bürokratie.

Bisher ist es den Staaten des Maghreb daher auch nicht gelungen, von der Dynamik der weltweiten wirtschaftlichen Entwicklung in ähnlicher Weise wie zahlreiche andere Entwicklungs- und Schwellenländer, z. B. in Asien, zu profitieren. Alle drei Staaten versuchen deshalb – mit unterschiedlicher Intensität – ihre Wirtschaft zu modernisieren und auf die Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs vorzubereiten.

Die politische und wirtschaftliche Regionalintegration im Maghreb wird vor allem durch Differenzen zwischen Marokko und Algerien über die West-Sahara-

Frage gebremst. Die Landgrenze zwischen beiden Staaten ist geschlossen. Mit der Union des Arabischen Maghreb *Union du Maghreb Arabe* (UMA) existiert zwar eine Regionalorganisation, die die Staaten Mauretanien, Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen umfasst, jedoch ist die wirtschaftliche Integration der Region sehr gering. Ein gemeinsamer nordafrikanischer Markt fehlt. Dies führt nach Einschätzung von Experten zu Wachstumsverlusten und fehlender Attraktivität der Region als Investitionsstandort.

PARTNERVIELFALT FÜR EINEN DIFFERENZIIERTEN DIALOG ÜBER ORDNUNGSPOLITIK

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist in Marokko und Tunesien seit 27, in Algerien seit neun Jahren präsent. Die Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft und des ordnungspolitischen Dialogs war von Anbeginn an einer der Schwerpunkte der Arbeit der KAS in der Region. So arbeitet die Stiftung mit einer Vielzahl unterschiedlicher Partner in diesem Bereich zusammen, beispielsweise mit dem tunesischen und dem marokkanischen Unternehmerverband oder auch mit einem regionalen Netzwerk von Vereinigungen im Bereich der Personalwirtschaft. Auch mit Universitäten werden Themen aus dem Bereich des ordnungspolitischen Dialogs behandelt. Im Rahmen des neuen Regionalprogramms Politischer Dialog Maghreb der KAS soll dabei auch verstärkt die regionale Dimension wirtschaftspolitischer Fragen aufgegriffen werden.

Mit dem tunesischen Unternehmerverband *Union Tunisienne de l'Industrie, du Commerce et de l'Artisanat* (UTICA) besteht eine langjährige und intensive Partnerschaft. Als ein Beispiel für Maßnahmen mit diesem Partner kann ein in Tunis im Dezember 2008 gemeinsam organisiertes Treffen der Unternehmerverbände aus den Staaten der Union des Arabischen Maghreb zu Fragen der regionalen Wirtschaftsintegration angeführt werden. Die vielbeachtete Konferenz wurde vom Generalsekretär der UMA, Habib Ben Yahia, eröffnet und sollte die Arbeit der 2007 neu gegründeten Maghrebischen Union der Unternehmer *Union Maghrébine des Employeurs* (UME) unterstützen. Gerade die konkreten Interessen wirtschaftlicher Entscheidungsträger an einer ökonomischen Verflechtung der Region können helfen, die politischen Blockaden in der Regionalintegration mittel- und langfristig zu überwinden.

Mit dem marokkanischen Unternehmerverband *Confédération Générale des Entreprises du Maroc* (CGEM) arbeitet die KAS vor allem im Bereich der Stärkung der

kleinen und mittleren Unternehmen zusammen. Gerade diese benötigen verlässliche Rahmenbedingungen. Denn wie auch in Deutschland sind es in Marokko die kleinen und mittleren Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen sowie die mittel- und langfristige Stabilität der Wirtschaft gewährleisten. Auch hier ist daran gedacht, den regionalen Austausch innerhalb des Maghreb zu stärken. Gemeinsames „Voneinander lernen“ und *Best-Practice*-Beispiele sollen es ermöglichen, Lösungsvorschläge zu erarbeiten und den ordnungspolitischen Beitrag der kleinen und mittleren Unternehmen zum breiten wirtschaftspolitischen Dialog zu verbessern.

Mit marokkanischen, algerischen und tunesischen Verbänden von Personalmanagern – *Association des Gestionnaires et Formateurs en Ressources Humaines* (AGEF), Marokko, *Association Algérienne des Ressources Humaines* (ALGRH), Algerien und *Association des Responsables de Formation et de Gestion Humaine dans les Entreprises* (ARFORGHE), Tunesien – verfügt die KAS über ein komplexes regionales Partnernetzwerk. Gerade die von diesen Vereinigungen behandelten Fragen rund um Aus- und Fortbildung, Personalmanagement, soziale Sicherungssysteme und arbeitsrechtliche Themen können in ihrer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der Region nicht überschätzt werden. Mit Hilfe dieser Partner gelingt es der Stiftung, Entscheidungsträger zu sensiblen Fragen auch außerhalb der staatsdominierten Koordinierungsgremien an einen Tisch zu bringen. Damit will sie nicht nur die gesamtgesellschaftliche Verantwortung von Managern aus privaten und staatlichen Unternehmen stärken, sondern auch Foren für einen offenen Gedankenaustausch zwischen Politik und Wirtschaft bieten.

GRUNDLAGENLITERATUR VERMITTELN – RELEVANZ SCHAFFEN

Daneben ist es der KAS auch gelungen, mit zusätzlichen Initiativen die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft in die Region zu tragen. Als herausragendes Beispiel ist hier die Verbreitung des „Lexikon Soziale Marktwirtschaft“ für relevante Partner der KAS in der Region im Rahmen einer Veranstaltung in Tunis zu nennen. Das Lexikon, das in französischer und arabischer Sprache vorliegt, ermöglicht es Entscheidungsträgern aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft, sich mit den Leitideen der Sozialen Marktwirtschaft vertraut zu machen. Die hohe Nachfrage nach dem Kompendium zeigt das große Interesse an diesem Thema.

Die KAS versteht sich aber auch als Beobachter der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in den Maghrebstaaten. Mit eigenen Länderberichten will sie die Lage vor Ort einem interessierten deutschen Publikum näherbringen. So erstellte das Büro Rabat der KAS 2009 eine Bestandsaufnahme zum 20. Jahrestag der Gründung der UMA. Der Länderbericht legt dabei den Schwerpunkt auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Region und unterzieht die fünf Staaten der UMA einem Vergleich (abzurufen unter www.kas.de/marokko).

POLITISCHE BLOCKADEN DER WIRTSCHAFTLICHEN INTEGRATION ABBAUEN

Insgesamt ist das ordnungspolitische Denken in der Region bisher noch sehr gering ausgeprägt. Persönliche Netzwerke zwischen Entscheidungsträgern, eine enge Verflechtung zwischen Politik und Wirtschaft und staatlicher Dirigismus verfälschen häufig den Wettbewerb, blockieren unternehmerische Initiativen und verhindern eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung. Politik und Wirtschaft befinden sich weniger in einem Dialog-, als vielmehr in einem Überordnungs- bzw. Unterordnungsverhältnis. Auch setzen Reformen häufig nur in einzelnen Bereichen an, umfassende Veränderungen fehlen. Zwar gibt es durchaus nicht unwesentliche Unterschiede zwischen den einzelnen nordafrikanischen Staaten – Tunesien ist es beispielsweise gelungen, ein sehr wirtschaftsfreundliches Klima zu schaffen, das dem Land eine beeindruckende ökonomische Stabilität verliehen hat. Gleichwohl stehen alle Länder der Region gleichermaßen vor der Herausforderung, ihrer Wirtschaft die nötigen rechtlichen, aber auch ideellen Rahmenbedingungen zu liefern. Das Konzept einer Ordnungspolitik, verstanden als das Setzen und Respektieren der richtigen Rahmenbedingungen sowie das ausgewogene Verhältnis zwischen staatlicher Kontrolle und wirtschaftlicher Freiheit, wird hier dringend gebraucht. Hierzu benötigt der Maghreb auch einen mentalen Wandel: mehr Dialog, weniger Dirigismus; bessere Rahmenbedingungen, weniger arbiträre Entscheidungen. Hier versucht die KAS im Rahmen ihres ordnungspolitischen Dialogs sowie mit Maßnahmen zu den Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft anzusetzen.

Thomas Schiller
Leiter des KAS-Regionalprogramms
Politischer Dialog Maghreb
www.kas.de/marokko



ASIEN

LÄNDERPROGRAMME KOREA UND JAPAN

Die Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt seit 2006 aktiv den ordnungspolitischen Dialog in Korea. Dabei findet die Vorstellung und Diskussion des Modells der Sozialen Marktwirtschaft mittlerweile in unterschiedlichen, sich ergänzenden Formaten und mit verschiedenen Durchführungspartnern statt. Das internationale Symposium „Soziale Marktwirtschaft in Deutschland und Alternativen für die koreanische Gesellschaft“ stellte dabei die Auftaktveranstaltung dar. Mit dieser Konferenz – gemeinsam mit der *Citizen's Coalition for Economic Justice (CCEJ)*, Koreas zweitgrößter Nichtregierungsorganisation ausgerichtet –, wurde eine grundsätzliche Diskussion über das Thema in Korea angestoßen. Das Symposium unterstützte die Konsensbildung über mögliche zukünftige Ordnungsmodelle für die koreanische Gesellschaft, stellte alternative westliche Konzepte vor und diskutierte das Modell der Sozialen Marktwirtschaft als Alternative zum derzeit eher liberal geprägten Wirtschaftssystem des Landes. Ergänzend hierzu organisierte die KAS Expertenworkshops zusammen mit zwei renommierten koreanischen Think-Tanks, dem Wirtschaftsforschungsinstitut *Korean Institute for International Economic Policy (KIEP)* sowie dem *Korea Development Institute (KDI)*.

ORDNUNGSPOLITIK IN KOREA

Im weiteren Verlauf wurde der ordnungspolitische Dialog durch den Ausbau der Kooperation mit neuen koreanischen Partnern gestärkt. Die Öffentlichkeitswirksamkeit des Partners CCEJ als eine der einflussreichsten koreanischen NRO in Wirtschaftsfragen wurde durch die Zusammenarbeit mit Vertretern der „Freiburger Schule“ von der Koreanischen Gesellschaft für Ordnungsökonomik (ORDO) ergänzt. Korea gehört zu den ganz wenigen Ländern in Asien, in denen Begriffe wie „Ordnungspolitik“ und „Gesellschaftspolitik“ als Konzepte wahrgenommen werden und im akademischen wie auch politischen Diskurs an Wert gewinnen. ORDO setzt sich aus koreanischen Forschern und



Straßenverkauf in Seoul, Korea

Professoren zusammen, die in Deutschland in wirtschaftswissenschaftlichen Fächern promoviert haben – oftmals von der KAS unterstützt. An diesem Beispiel wird die Wichtigkeit des personellen Austausches sichtbar: Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ist besonders unter denjenigen Koreanern bekannt, die sich entweder selbst in Deutschland aufgehalten oder dort studiert haben oder über andere Deutsche dieses Konzept kennengelernt haben. Regelmäßig führt die KAS gemeinsam mit den beiden Partnern CCEJ und ORDO Seminare durch, in denen die gesellschaftspolitischen Anforderungen für Korea diskutiert sowie die Ansätze und Möglichkeiten der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und in Korea reflektiert werden. Die Diskussion einer möglichen Übertragbarkeit des Modells der Sozialen Marktwirtschaft auf Korea steht hierbei im Vordergrund.

Anfang 2008 präsentierte die KAS erste Ergebnisse der Workshops und Seminare der Öffentlichkeit. Unter dem Leitgedanken „Soziale Marktwirtschaft in Deutschland und die politische Richtung der neuen Regierung“ wurden dabei die erarbeiteten ordnungspolitischen Ansätze für Korea vor dem Hintergrund des Regierungswechsels in Korea ausführlich disku-

tiert. Themen wie soziale Herausforderungen, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Alterung der Gesellschaft sowie die Förderpolitik für kleine und mittelständische Unternehmen spielten dabei eine besondere Rolle. Einigkeit bestand darüber, dass die Verantwortung des Staates gestärkt werden müsse, ohne die Marktordnung zu zerstören. Auch 2009 wurde mit ORDO zusammen auf einer internationalen Konferenz zum Thema „Globale Wirtschaftskrise und ordnungspolitische Lösungsansätze aus Asien und Europa“ mit deutschen Experten vom *Fuji Research Institute Tokyo* und der Universität Michigan über die Soziale Marktwirtschaft im Zeichen der Finanzkrise unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten diskutiert.

Dabei ist das Umfeld, in dem diese Debatten stattfinden, anspruchsvoll: Insbesondere unter der konservativen Regierung von Präsident Lee Myung-bak orientierte sich Südkorea noch stärker als vorher am US-amerikanisch geprägten Wirtschaftsmodell. Die Weltwirtschaftskrise der letzten Jahre könnte jedoch neben allen negativen Begleiterscheinungen die Diskussion über und die Suche nach einem neuen ordnungspolitischen Modell für Korea nach europäischem Vorbild vorantreiben. Zumindest die progressiven Kräfte in Südkorea und die meisten Nichtregierungsorganisationen sprechen sich für eine Umorientierung der Politik aus. Zukünftig werden daher verstärkt Veranstaltungen der KAS in Korea zum Thema Weltwirtschaftskrise und Ordnungspolitik unter komparativen Gesichtspunkten angeboten werden, in denen u. a. die internationale Dimension der Sozialen Marktwirtschaft im Vordergrund steht. Die gemeinsame Jahreskonferenz 2010 der KAS mit ORDO widmet sich dem Thema *World Economics Order After Crisis* (Deutsche Soziale Marktwirtschaft als Ordnungsmodell). In Korea kann insgesamt von einer grundsätzlich offenen Einstellung zur Marktwirtschaft und von einem fruchtbaren Boden für die Vermittlung des Konzepts einer Sozialen Marktwirtschaft ausgegangen werden. Mittlerweile hat sich diese gemeinsame Konferenzreihe zur Flaggshipveranstaltung der KAS im wirtschaftspolitischen Bereich herauskristallisiert.

CORPORATE SOCIAL RESPONSIBILITY – EIN NEUER ANSATZ FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT

Ergänzend zur ordnungspolitischen Debatte verfolgt die KAS in Korea seit 2008 einen explizit praxisbezogenen Ansatz, der auf die Diskussion der gesellschaft-

lichen Verantwortung von Unternehmen (*Corporate Social Responsibility, CSR*) abzielt. Hierzu wurden mehrere Seminare sowie zwei Großveranstaltungen mit europäischen, koreanischen und japanischen Experten durchgeführt. Dabei wird auf die Einbeziehung von Unternehmensverbänden, wissenschaftlichem Nachwuchs sowie Vertretern aus Politik, Medien und Forschung Wert gelegt. Im Juli 2008 fand ein erstes Forum in Seoul statt, auf dem Experten aus Korea zum Thema *eco-business* über die Herausforderungen und Aussichten des Umweltmanagements diskutierten. In der Folgeveranstaltung ging es um die Perspektiven von Kooperationen zwischen Großunternehmen und kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).

Die Partizipation von koreanischen Parlamentariern als Teilnehmer und Referenten eröffnete erstmals die Möglichkeit des Einflusses behandelter Themen auf den Gesetzgebungsprozess. Im November 2009 wurde auf einem gemeinsam mit dem *Korea Sustainability Investing Forum* (KOSIF) organisierten internationalen CSR-Symposium aus vergleichender Perspektive mit Europa nach Optimierungspotentialen und Lösungsansätzen für CSR in Korea gesucht. Charakteristika von CSR in den verschiedenen Industriesektoren, die Verknüpfung von Investition und sozialer Verantwortung sowie das Engagement der koreanischen Regierung für CSR wurden dabei näher untersucht. In einem weiteren gemeinsamen internationalen Workshop in Zusammenarbeit mit KOSIF wurde CSR im Zeichen der Finanzkrise thematisiert. Die Frage der Konsolidierung von jährlichen Finanz- und CSR-Reporten spielte dabei eine große Rolle. Damit soll sich die Transparenz der CSR-Aktivitäten der Unternehmen erhöhen.

Ein wichtiges und bei zahlreichen Veranstaltungen verwendetes Instrument ist das „Lexikon Soziale Marktwirtschaft“, das in koreanischer Übersetzung vorliegt und als wirtschaftswissenschaftliches Kompendium sehr beliebt ist. Die KAS-Schriftenreihe Korea hat sich des Themas in mehreren Ausgaben angenommen, u. a. in den Publikationen „Internationales Symposium zur Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und Alternativen für die koreanische Gesellschaft“ (Dezember 2006); „Soziale Marktwirtschaft in Deutschland und die Politik der neuen Regierung“ (Februar 2008); „Aktueller Stand von Corporate Social Responsibility in Korea“ (Juli 2009).

CORPORATE SOCIAL RESPONSIBILITY – UNTERNEHMEN IN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Soziale Marktwirtschaft und Corporate Social Responsibility (CSR) sind zwei Seiten derselben Medaille. Denn CSR in einem breiten Verständnis ist mehr als das soziale Feigenblatt. Es geht vielmehr darum, Sozialstandards einzuhalten, Umweltbewusstsein umzusetzen und die eigenen Mitarbeiter richtig zu behandeln – und vieles mehr: Sozialverantwortliches Unternehmertum eben, das auch dem Unternehmensinteresse dient.

*In einem von besonderer wirtschaftlicher Dynamik geprägten Umfeld wie den Golf-Staaten eignet sich CSR daher besonders, um die Wertgrundlagen und das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft vorzustellen und seine Vorteile zu verdeutlichen. Für das **Regionalprogramm Golf-Staaten** sind die verschiedenen Maßnahmen zur CSR damit ein entscheidender Teil des Arbeitsbereiches Soziale Marktwirtschaft.*

So veranstaltet die KAS gemeinsam mit der Academy for Responsible Management (ARM) seit kurzem regelmäßige Netzwerkveranstaltungen zum Thema CSR in den Räumen der KAS. Sie sollen eine Diskussionsplattform zu wirtschaftspolitischen Themen werden. Gemeinsam mit der KAS sollen entsprechende Kurse in den Nachbarländern der Vereinigten Arabischen Emirate angeboten werden, zunächst in Katar und Kuwait, dann möglicherweise auch in Saudi-Arabien. KAS und ARM wollen damit nicht nur das Bewusstsein in

Unternehmerkreisen für diese Themen stärken, sondern auch konkrete Umsetzungsstrategien erklären.

*Das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in **Malaysia** arbeitet seit fast drei Jahrzehnten mit dem Malaysian Institute of Management (MIM) zusammen, einer renommierten Institution zur Ausbildung von wirtschaftlichen Führungskräften im Lande. Im Vordergrund der Zusammenarbeit standen stets Fragen nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung, der Frage also nach einem ausgeglichenen Verhältnis zwischen Menschen, ihrer Umwelt und dem Gewinnstreben unternehmerischer Tätigkeit. Spätestens seit der Finanz- und Wirtschaftskrise werden diese Aspekte zur Corporate Social Responsibility in Malaysias Gesellschaft stärker reflektiert; Rezepte für eine praktische Umsetzung in der Unternehmenswelt fehlen allerdings weitestgehend. Ein modularer Ausbildungsgang mit zertifiziertem Abschluss („Responsibility Management“) soll diese Lücke schließen, und bietet Managern in Malaysia seit 2010 erstmalig die Möglichkeit, Verfahren und Ideen zur Umsetzung von CSR-Programmen in ihren Unternehmen zu erschließen. Erste positive Erfahrungen wurden gemacht. Es ist aber noch ein weiter Weg hin zu dem klaren Verständnis, dass CSR weniger auf philanthropischen Aktionen Einzelner basiert, als vielmehr auf einem wertegebundenen Ansatz von Unternehmensführung sowie gesellschaftlichem Ideal gründet.*

AUFMERKSAMKEIT AUF DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ALS ALTERNATIVE LENKEN

Auf gesellschaftspolitischer Ebene stehen sowohl Deutschland als auch Japan vor großen strukturellen Problemen: Überalterung, explodierende Kosten in Gesundheitswesen und Alterssicherung sowie Arbeitsplatzverluste und Insolvenzen im großen Stil aufgrund der Entwicklungen in der globalen Wirtschaft prägen das Bild. Zudem sind Deutschland und Japan zwei führende Länder, deren vitale Interessen auf der Stabilität des weltweiten Systems gründen und für die politische Ereignisse und Entwicklungen in der Welt für ihre nationalen Interessen, Stabilität und Prosperität nicht als bedeutungslos gelten können. Japan möchte daher seine Beziehungen zu Deutschland, mit dem es diesbezüglich in vielen Feldern gleiche Ansichten, Probleme und Interessen teilt, noch enger gestalten.

In der jüngeren Geschichte hat Japan einen rapiden wirtschaftlichen Aufschwung erlebt: Lag das Nachkriegsniveau des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nur noch bei der Hälfte des Vorkriegsniveaus, erreichte Japan in den 1960er Jahren ein Wachstum von durchschnittlich zehn Prozent. Auch in den 1970er und 1980er Jahren verzeichnete das „Land der aufgehenden Sonne“ noch kräftige Wachstumsraten um die vier bis fünf Prozent pro Jahr. Die ersten Jahre nach dem Krieg waren gekennzeichnet von den für die Zukunft Japans prägenden ökonomischen und ökologischen Interventionen der USA. Um in Japan die Abkehr vom Militarismus zu festigen und aufkeimende kommunistische Bestrebungen zu unterbinden, wurde nicht nur die Demokratisierung stark vorangetrieben, sondern auch die Umstellung der Kriegswirtschaft auf eine Friedenswirtschaft. Dieser Einfluss erklärt auch, warum im Industrieland Japan die Staatsausgaben für Militär mit ca. einem Prozent des BIP vergleichsweise gering sind.

Ebenfalls wichtig waren die Entwicklungshilfe der USA (welche teilweise bis zu sieben Prozent des BIP ausmachte) sowie ökonomische Reformen wie die Landreform. Die japanische Nachkriegswirtschaft wird auch als „gelenkte Volkswirtschaft“ charakterisiert. Als Indiz dafür wird der bemerkenswert hohe Einfluss des *Ministry of International Trade and Industry* (MITI) herangezogen. Das MITI lenkte nicht nur die internationalen Handelsbeziehungen, sondern stellte auch sicher, dass die Entwicklung einer aufstrebenden Binnenwirtschaft gewährleistet wurde. Das Ministerium beriet Firmen in ihren Investitionsvorhaben und schottete den Inlandsmarkt vom Weltmarkt ab, um so die eigenen Firmen von dem internationalen Konkurrenzdruck zu entlasten.

Das Ende des rapiden Aufstiegs Japans kam mit dem Platzen der wirtschaftlichen Blase, die sich auf dem Aktien- und Immobilienmarkt Ende der 1980er Jahre gebildet hatte. Die Überbewertung von Immobilien, die als Sicherheiten für die Kreditvergabe einer steten Wertsteigerung unterlagen und damit immer wieder neue Investitionen in Immobilien nach sich zogen, führte schließlich 1990 zum Platzen dieser *Bubble Economy* und endete in einer wirtschaftlichen Sackgasse. Die Folgen waren katastrophal für das Land, das in eine lange Phase der Deflation mit zinslosen Krediten und Nullwachstum stürzte. 1993 kam es zum ersten Mal seit Jahrzehnten zu einem Wahlsieg der Opposition, nachdem Korruptionsaffären und Missmanagement bekannt wurden. Auch spätere Konjunkturprogramme brachten kaum spürbare Verbesserungen und ließen Japans Staatsschulden schließlich auf mehr als 150 Prozent des BIP ansteigen. Bis heute stellt die Tilgung dieser Altlasten eine der größten wirtschaftlichen Herausforderungen Japans dar. Die 1990er Jahre werden von Ökonomen deshalb auch als „verlorenen Jahrzehnt“ bezeichnet. Im Jahr 2006 endete die Nullzinspolitik, aber die *Bank of Japan* hält immer noch die niedrigsten Zinssätze unter den entwickelten Industrienationen aufrecht – aus ständiger Besorgnis heraus, wieder in eine Phase der Deflation und langjährige Rezession abzurutschen. Ein Staatsbankrott ist nach Meinung von Beobachtern dennoch nicht mehr auszuschließen.

Es gehört zu den Zielen der KAS in Japan, gesteuert vom KAS-Büro in Seoul, in die Diskussion nationaler und überregionaler Entwicklungskonzepte die Idee

einer sozial und ökologisch verpflichteten Marktwirtschaft einfließen zu lassen. Dabei ist es ein anspruchsvolles Unterfangen, im Land Konzepte einer solchen Sozialen Marktwirtschaft gegenüber dem vorherrschenden Trend zur marktliberalen Wirtschaft durchzusetzen.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Stiftung vorgenommen, mit einer bereits begonnenen und langfristige angelegten Vortrags- und Veranstaltungsreihe den akademischen und wirtschaftspolitischen Diskurs in Richtung Soziale Marktwirtschaft sowie deren Relevanz und Aktualität für Deutschland und Japan zu lenken. Dies ist notwendig, denn außerhalb einer überschaubaren Expertengruppe ist das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft in Japan noch weitgehend unbekannt. Im September 2008 fand dazu in Tokyo ein erster Vortrag über die Ursprünge und Entwicklungen der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland statt. In Anbetracht der Relevanz des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft für Japan sowie des Fehlens von adäquater Literatur zu diesem Thema wurde die Übersetzung von Auszügen aus dem „Lexikon Soziale Marktwirtschaft“ in die japanische Sprache in Angriff genommen. Im Dezember 2009 fand ferner auch die erste gemeinsame Maßnahme mit der renommierten Sophia Universität Tokyo statt, zu der die KAS schon seit Jahrzehnten Kontakt pflegt. 2010 wird erstmals ein Symposium zum Thema „Soziale Marktwirtschaft“ („The Social Market Economy in Europe and its Implications for Japanese Businesses – Finding Ways to Balance Free with Safety Net“) mit dem *Japan Institute for Social and Economic Affairs* (Keizai Koho Center) in Tokyo durchgeführt.

Die von der KAS publizierten „Leitlinien für Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften“ liegen ebenfalls in koreanischer und japanischer Übersetzung vor. Die Leitlinien machen klar, dass es sich bei dem vorgestellten Modell nicht um eine Mischform von neoliberalen und etatistischen Konzepten handelt, sondern um ein eigenständiges, in sich geschlossenes und von Extremfällen weitgehend unabhängiges Gesellschaftsmodell, das durchaus auch im japanischen und koreanischen kulturellen Kontext Erfolg haben kann.

Marc Ziemek (bis August 2009) und Dr. Colin Dürkop
Leiter des KAS-Länderprogramms Korea und Japan
www.kas.de/korea
www.kas.de/japan

LÄNDERPROGRAMM CHINA

Die Volksrepublik China ist die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt mit einer anhaltend schnell wachsenden, dynamischen Wirtschaft. China ist aber auch ein Transformationsland, das den ordnungspolitischen Wandel von einer Zentralverwaltungswirtschaft hin zu einer Marktwirtschaft durchläuft und immer noch viele Merkmale eines Entwicklungslandes aufweist.

RAHMENBEDINGUNGEN DER TRANSFORMATION

Im Vergleich zu Ländern des ehemaligen Ostblocks treten wesentliche Unterschiede bei den Voraussetzungen für diese Transformation zutage:

- Der ordnungspolitische Wandel begann in China ein Jahrzehnt vor dem welthistorischen Umbruch von 1989.
- In Ost- und Mitteleuropa hatte das Scheitern des Sozialismus eine abrupte und ungeplante ordnungspolitische „Wende“ herbeigeführt; in China hingegen besteht der sozialistische Staat fort. Die Krise der 1970er Jahre war erkannt worden und hatte – bei vielfacher Kontinuität – Anlass zu inneren Korrekturen gegeben.
- Anders als im ehemaligen Ostblock sind der staatliche Anteil und die Kontrolle der Wirtschaft in China weiterhin hoch. Die Privatisierung der Produktionsmittel erfolgt schrittweise, wobei das quantitative und qualitative Verhältnis zwischen öffentlicher und privater Trägerschaft nicht von vornherein festgelegt ist. Das marktwirtschaftliche Element wurde zumindest anfangs eher als Ergänzung denn als vollständiger Ersatz des bestehenden Systems gesehen.
- Die Staaten des ehemaligen Ostblocks strebten den Aufbau von Marktwirtschaften an und orientierten sich im Wesentlichen an westlichen Vorbildern. In China hingegen wird als ordnungspolitisches Ziel die „sozialistische Marktwirtschaft“ mit chinesischer Prägung formuliert, die sich von anderen Idealtypen wie der liberalen Marktwirtschaft oder der Sozialen Marktwirtschaft unterscheidet soll. Es gibt jedoch keine präzise Definition der „sozialistischen Marktwirtschaft“. Wesentlich erscheint das Beharren auf einem eigenen ordnungspolitischen Weg, der in einem *Trial-and-Error*-Verfahren im politischen Prozess entwickelt wird. Deshalb werden westliche Modelle kritisch studiert, die Transformation in der ehemaligen Sowjetunion als abschreckend verworfen.

- Die Nachfolgestaaten des Warschauer Paktes bekennen sich zum Aufbauziel von liberalen Demokratien nach westlichem Vorbild – unabhängig davon, ob neue politische Eliten die Regierungen bilden oder dieselben Gruppen, die in den sozialistischen zentralen Verwaltungswirtschaften den Ton angaben. In China steht der Aufbau einer pluralistischen liberalen Demokratie mit rechtsstaatlicher Gewaltenteilung und Dominanz des Privateigentums als Konstituenten gegenwärtig nicht auf der Tagesordnung.
- Die Bevölkerung des Ostblockes begrüßte mehrheitlich die Abkehr vom Sozialismus. Die Bevölkerungsmehrheit in China lehnt weder den Sozialismus noch die kommunistische Partei ab; eine Alternative zu der gegenwärtigen politischen Elite, die in der kommunistischen Partei organisiert ist, ist nicht erkennbar.

Die Transformation der chinesischen Wirtschaft, Gesellschaft und Politik ist in den letzten drei Jahrzehnten tiefgreifend gewesen. Dabei spielen in China nicht nur Finanzkapital und technisches Knowhow aus dem Ausland eine Rolle, sondern auch gesellschaftspolitische Ideen. Konkreten Erfahrungen wird dabei mehr Interesse entgegen gebracht als ideologischen Grundannahmen. Wirtschaftspolitisch relevante Rechtstexte und wissenschaftliche Literatur werden ins Chinesische übersetzt und studiert. Ein ordnungspolitischer Dialog findet auf wissenschaftlicher Ebene ebenso statt sowie mit Think Tanks, die Politik und Verwaltung beraten.

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT UND „HARMONISCHE GESELLSCHAFT“

Kernbestand des ordnungspolitischen Dialogs der KAS im Büro Peking war in den Jahren 2007 bis 2009 das gemeinsam mit dem KAS-Partner Chinesische Akademie für Sozialwissenschaften (CASS) sowie der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) durchgeführte Programm „Sino-German Dialogue Project – Social Market Economy and Harmonious Development“. Dabei stand der Abbau sozialer und regionaler Disparitäten thematisch im Mittelpunkt. Insbesondere sollte die Kompetenz der CASS, des größten wissenschaftlichen Think Tanks der chinesischen Regierung, zur Beratung in Fragen der Ordnungspolitik und beim Aufbau von sozialen Sicherungssystemen verbessert werden.



In China vollzieht sich derzeit eine rapide soziale Transformation, die im Fokus des ordnungspolitischen Dialogs der KAS vor Ort steht.

Angesichts einer in China rasch alternden Bevölkerung lassen sich umlagefinanzierte soziale Sicherungssysteme wie in Deutschland kaum realisieren. Der schnelle ordnungspolitische Wandel entwertet die traditionelle kommunistische „eiserne Reisschüssel“ und die rapide soziale Transformation schränkt die Nachhaltigkeit von überkommenen, allein auf Familiensolidarität fußenden sozialen Sicherungssystemen ein. Insofern stellen sich in China erhebliche Herausforderungen bei der Schaffung beziehungsweise weiteren Konsolidierung der sozialen Absicherung.

Weitere Themen des im Zeitraum 2007 bis 2009 angelegten Dialogprogramms waren die Wettbewerbspolitik sowie der demographische Wandel. Das Programmpaket wurde von einem interdisziplinären Wissenschaftlerteam der CASS gemeinsam mit der KAS und der GTZ erarbeitet. Die ideelle und methodische Ausprägung des Modells der Sozialen Marktwirtschaft bildete dabei den Referenzrahmen. Verschiedene Instrumente kamen zum Einsatz: Workshops über Grundfragen der Wirtschaftsordnung unter Beteiligung deutscher Fachleute; eine Studienreise nach Deutschland und – bei Bedarf ins europäische Ausland – zur Veranschaulichung der in den Workshops behandelten Inhalte mit Besuchen bei deutschen und europäischen Institutionen; ein internationales Symposium zum Ende des Programms, bei dem hochrangige Teilnehmer Ergebnisse des Dreijahresprogramms im Überblick präsentieren und grundsätzliche Empfehlungen erarbeiten. Debatten über alternative Modelle sozialer

ANKNÜPFUNG AN DIE URSPRÜNGE DES MODELLS

In Chinas heutiger Transformationsphase werden die ordnungspolitischen Themen erörtert, die Walter Eucken und Ludwig Erhard schon vor über einem halben Jahrhundert im Hinblick auf Deutschland behandelt haben:

„Da bin ich der Meinung, daß ebenso wie der Schiedsrichter nicht mitspielen darf, auch der Staat nicht mitzuspielen hat [...] Was ich mit einer marktwirtschaftlichen Politik anstrebe, das ist – um im genannten Beispiel zu bleiben – die Ordnung des Spiels und die für dieses Spiel geltenden Regeln aufzustellen.“
(Ludwig Erhard)

„Ob wenig oder mehr Staatstätigkeit – diese Frage geht am wesentlichen vorbei. Es handelt sich nicht um ein quantitatives, sondern um ein qualitatives Problem. Der Staat soll weder den Wirtschaftsprozess zu steuern versuchen, noch die Wirtschaft sich selbst überlassen: Staatliche Planung der Formen – ja; staatliche Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses – nein. Den Unterschied von Form und Prozess erkennen und danach handeln, das ist wesentlich. Nur so kann das Ziel erreicht werden, daß nicht eine kleine Minderheit, sondern alle Bürger über den Preismechanismus die Wirtschaft lenken können.“
(Walter Eucken)

Diese Zitate von Walter Eucken und Ludwig Erhard umreißen zentrale Fragen, denen sich auch die KAS beim ordnungspolitischen Dialog mit China zuwendet. Zwar werden in China der Sozialismus und das Einparteiensystem nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Bei Gesprächen in kleinem Kreis wird allerdings sehr wohl vorurteilsfrei über ordnungspolitische Konzepte diskutiert. Bei aller Kritik an westlichen Modellen trifft man in China nicht zwangsläufig auf eine Ablehnung der konstituierenden Merkmale einer Sozialen Marktwirtschaft.



In ihre Maßnahmen bezieht die KAS viele hochrangige chinesische Politik- und Gesellschaftsberater ein.

Sicherung gaben Anregungen für Grundsatzentscheidungen der politischen Führung.

Eine Reihe von Maßnahmen, die auf den Ergebnissen dieses Dreijahresprogramms aufbauten, wurde zusätzlich aufgelegt. So förderte beispielsweise der Deutsch-Chinesische Rechtsstaatsdialog die Fortbildung von Mitarbeitern der neu geschaffenen Kartellbehörden. Die KAS wird 2010 eine erste Evaluierungsstudie über das neue Kartellgesetz vorlegen und damit eventuellen Verbesserungsbedarf identifizieren. Die Aufgabenverteilung zwischen privaten und staatlichen Akteuren sowie zwischen den einzelnen Ebenen der Verwaltung im Bereich der öffentlichen Daseinsfürsorge soll auch in Zukunft thematisiert werden. Massive staatliche Interventionen in die Wirtschaft zur Minderung negativer Effekte der globalen Finanzkrise haben die Relevanz dieser Frage in neuem Lichte erscheinen lassen.

DER WTO-BEITRITT ALS ORDNUNGSPOLITISCHER WENDEPUNKT

Das Büro Shanghai der KAS verfolgt seit fast einem Jahrzehnt den ordnungspolitischen Dialog in der Yangzi-Delta Region. 2003 wurde in Kooperation mit dem *Modern Management Center* (MMC) ein Gesprächskreis zur Reformpolitik ins Leben gerufen. Denn Anfang des 21. Jahrhunderts stand die Peking-er Zentralregierung an einem wirtschaftspolitischen

Wendepunkt: Nachdem in den 1990er Jahren mit der Modernisierung des Staats- und Parteiapparats eine Basis für ökonomische und – teilweise – gesellschaftliche Reformprozesse geschaffen worden war, markierte der Beitritt der Volksrepublik zur Welt- handelsorganisation (WTO) am 11. Dezember 2001 die Einordnung Chinas in die Weltwirtschaft. Durch diese – primär ökonomische – Öffnung bekannte sich die chinesische Regierung zu internationalen Handels- abkommen und setzte wichtige Bereiche der nation- alen Industrie schrittweise dem globalen Wettbewerb aus.

Bis zu diesem Zeitpunkt orientierten sich die inner- chinesischen Diskussionen zur Reformpolitik an US- amerikanischen Konzepten. Die KAS stellte mit ihren Maßnahmen Alternativangebote bereit. Dabei ging es nicht um eine vollständige Übernahme des deutschen sozialmarktwirtschaftlichen Modells in China. Vielmehr sollten ordnungspolitische Ideen bei hochkarätigen Politik- und Gesellschaftsberatern bekannt gemacht werden.

PUBLIKATIONEN FLANKIEREN DEN DIALOG

Im Rahmen einer Studienreise nach Deutschland erforschte eine Gruppe chinesischer Geschichts- und Politikwissenschaftler im Jahr 2004 die Grundcharakteristika der Sozialen Marktwirtschaft. Die Delegation erkannte die Relevanz des Modells für den nationalen

Reformprozess im eigenen Land und zog die Erfahrungen Deutschlands zu Beginn des 20. Jahrhunderts für eine wirtschaftspolitische Neuordnung in China heran. Nach ihrem Forschungsaufenthalt veröffentlichten die Akademiker zahlreiche Beiträge in chinesischen Fachzeitschriften (u. a. in der *China News Weekly*). Ausgewählte Berichte wurden in der KAS-Schriftenreihe „Aus der Geschichte lernen“ (Deutsch/Chinesisch) publiziert. Sozialmarktwirtschaftliche Themen („Die Bedeutung der Ordnungspolitik in der Wirtschaft“; „Soziale Komponenten der Sozialen Marktwirtschaft“ und „Erfahrungen aus dem Transformationsprozess in Ostdeutschland“) fanden durch die wissenschaftlichen Veröffentlichungen dieser Forscher Eingang in den Diskurs in China. Die KAS setzt den lebendigen Dialog auch 2010 mit Akademikern unterschiedlicher Disziplinen (u. a. Wirtschafts-, Politik- und Sozialwissenschaftler) über aktuelle Entwicklungen in der Ordnungspolitik fort.

Die Veröffentlichung der chinesischen Übersetzung des „Lexikon Soziale Marktwirtschaft“ im Sommer 2004 stellte einen Meilenstein für die Arbeit des KAS-Länderprogramms China zur Anregung wirtschaftspolitischer Debatten dar. Die Stiftung händigte das Lexikon an Universitätsbibliotheken und Kooperationspartner aus. So wurde einem heterogenen Publikum ein umfangreiches Nachschlagewerk zugänglich gemacht, das wirtschaftspolitisches Vokabular zur Sozialen Marktwirtschaft vorstellt und seither nicht nur Eingang in die Forschungsprojekte chinesischer Akademiker findet, sondern über diese auch an Politik und Öffentlichkeit weitergetragen wird.

NETZWERKBILDUNG

Das Büro der KAS in Shanghai spricht mit seinen Maßnahmen ein breites Spektrum an Zielgruppen an: Junge Eliten – die „Führungskräfte“ von morgen – werden mit ordnungspolitischen Modellen ebenso vertraut gemacht wie erfahrene Politikberater und akademisches Fachpublikum. Hervorzuheben sind die *Sur-place*-Stipendiaten der KAS, die regelmäßig von dem ordnungspolitischen Dialogangebot Gebrauch machen und dadurch Anregungen für eigene Studien gewinnen. In Kooperation mit der langjährigen Partnerorganisation *Shanghai Institute of Foreign Trade* (SIFT) und dem MMC werden chinesische Intellektuelle, Unternehmer, lokale Regierungsvertreter, Gesellschafts- und Politikberater in das Dialogprogramm einbezogen.



Das alljährliche WTO-Forum der KAS hat sich als eine zentrale wirtschaftspolitische Veranstaltung in Shanghai etabliert.

Der Wirkungskreis der KAS reicht aber über Shanghai hinaus: In Xi'an organisierte sie in Kooperation mit der Nordwest Universität mehrere Workshops zum Thema Soziale Marktwirtschaft, die akademisches Fachpublikum und Studenten mit deutschen Experten zusammenführten. In Suzhou veranstaltete die Stiftung in Zusammenarbeit mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Foren zur Stärkung des chinesischen Mittelstands in der Region. Die Seminare dienten dazu, das Potenzial und die Bedeutung sozialmarktwirtschaftlicher Theorien für ein nachhaltiges Wirtschaften des Mittelstands zu erarbeiten. Der Gesprächskreis findet mittlerweile regelmäßig unter Beteiligung von Lokalpolitikern statt. Das alljährlich in Shanghai stattfindende WTO-Forum soll im Dezember 2010 die Zukunftsfähigkeit der Ideen Sozialer Marktwirtschaft in China darstellen.

Wolfgang Meyer

Leiter des KAS-Länderprogramms China (Sitz Peking)

Thomas Awe

Leiter des KAS-Länderprogramms China (Sitz Shanghai)

www.kas.de/china

PROJEKTBEGLEITENDE MASSNAHMEN IN DEUTSCHLAND

BESUCHERPROGRAMME

Jedes Jahr lädt die Konrad-Adenauer-Stiftung an die siebzig politisch und gesellschaftlich relevante Gruppen aus der ganzen Welt zu Informationsbesuchen nach Deutschland ein. Im Gespräch lernen die Teilnehmer die Funktions- und Arbeitsweise deutscher Institutionen kennen. Während der Besuchsreisen und auf Fachkonferenzen bietet die KAS zudem eine Plattform, um mit hochrangigen Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in Deutschland einen intensiven Dialog zu führen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt weltweit Reformen und Prozesse zur Förderung von demokratischen und rechtsstaatlichen Systemen. Bei der Artikulation und dem Ausgleich von Interessen der Bürger spielen politische Parteien, aber auch Organisationen der Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle. Sie können diese Rolle indes nur ausfüllen, wenn sie von den Bürgern verstanden werden und sie mit ihren Mitgliedern, Anhängern und Sympathisanten einen Dialog führen.

Der Parteien- und Parlamentsdialog steht bei der inhaltlichen Ausrichtung der Programme im Vordergrund, er bezieht auch die Diskussion mit Experten über das ordnungspolitische Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ein. In fast allen Besuchergruppen spiegelt sich die Auslandsarbeit der KAS auch durch eine Auseinandersetzung mit dem Thema Soziale Marktwirtschaft wider. Über den Kontakt zu Vertretern aus Politik und Wirtschaft gewinnen ein abstraktes Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell sowie das System der verschränkten, interdependenten Ordnungen für die ausländischen Gäste an Kontur. So informierten sich beispielsweise im Mai 2009 Politiker, Unternehmer, Verbands- und Stiftungsvertreter aus Chile, Kolumbien und Mexiko über aktuelle Herausforderungen der Sozialen Marktwirtschaft inmitten der Wirtschaftskrise. Zahlreiche Gespräche mit Politikern, Wirtschaftsanalysten und Medienvertretern vermittelten in der deutschen Hauptstadt ein eindrucksvolles Mosaik von Lösungsansätzen und Vorschlägen, ein unternehmensorientierter Programmteil vertiefte in Stuttgart die Eindrücke.

Zum Workshop der 8. Summer School im Juli 2009 hat die KAS sechzehn Nachwuchspolitiker aus verschiedenen Ländern nach Berlin eingeladen. Ausgehend von den eigenen Erfahrungen und kulturellen Hintergründen erarbeiteten die Teilnehmer Schritte, wie die eigene entscheidende Institution sowie ihre berechtigten wirtschaftspolitischen Anliegen durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit gestärkt und Verbündete gewonnen werden können. Im Rahmen des Workshops entwickelten sie eine Wahlkampagne mit dem Fokus Soziale Marktwirtschaft. Um eine möglichst hohe Teilnehmerorientierung zu erreichen, sollten sie in einer fiktiven Situation eine Strategie für die politische



Mit ihren projektbegleitenden Maßnahmen in Deutschland kommt die KAS der gewachsenen Nachfrage nach ordnungspolitischer Expertise und internationalem Austausch zu wirtschaftspolitischen Konzepten nach.

Kampagne eines Bewerbers um ein Präsidentenamt entwerfen. Der Kandidat sollte seine politischen Ziele vermitteln und die Wege aufzeigen, mit denen er das Land aus der aktuellen Wirtschaftskrise führen wollte. Drei Kleingruppen setzten diese Aufgabe in einem kurzen Werbespot um, zum dem sie zunächst den strategischen Plan und anschließend den Aufbau des aussagekräftigen Spots entwickelte. Begleitet wurde diese Seminarphase durch Gespräche über die aktuelle politische Situation in Deutschland und zu den Grundlagen wie aktuellen Herausforderungen der Sozialen Marktwirtschaft.

STIPENDIEN

In der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit ist die Förderung von Eliten ein zentrales Anliegen der internationalen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie unterstützt daher mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen jedes Jahr über hundert qualifizierte ausländische Graduierte aus dem Projektumfeld der KAS in ihren Heimatregionen oder in Deutschland.

Die Stipendiaten sollen neben der Entfaltung ihrer fachlichen Kompetenz auch die Fähigkeit entwickeln, als Multiplikatoren in die Gesellschaft und Politik hinein zu wirken. Jedes Jahr werden einige junge Menschen insbesondere aus Osteuropa gefördert, die zur Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland forschen. Bei der Auswahl der Kandidaten steht die Einbindung in die Projektarbeit der KAS gleichberechtigt neben den fachlichen Leistungen und der charakterlichen Eignung.

*Gabriele Baumann
Leiterin der KAS-Inlandsprogramme
www.kas.de/inlandsprogramme*

FREIHEIT UND ORDNUNG

LEITLINIEN FÜR WOHLSTAND, SOZIALE GERECHTIGKEIT UND NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN (8. JULI 2009)

Die Bewältigung der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise erfordert internationale Regeln. Das Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft bietet einen solchen Orientierungsrahmen. Es hat sich national bewährt. Die Staaten der Europäischen Union verpflichten sich im Vertrag von Lissabon, auf eine „wettbewerbsfähige Soziale Marktwirtschaft“ hinzuwirken. Die Institutionen der Europäischen Union, insbesondere das Europäische Parlament, haben gerade in den zurückliegenden Monaten unter Beweis gestellt, dass sie diesem Auftrag Rechnung tragen. Nun muss den Prinzipien auch international Geltung verschafft werden. Worauf es dabei ankommt, haben führende Repräsentanten von Politik und Wissenschaft in der Europäischen Union in den folgenden Leitlinien festgehalten.



PRÄAMBEL

Die zunehmende wirtschaftliche und politische Verflechtung hat in zahlreichen Ländern der Welt zu mehr Wachstum und Wettbewerb geführt, die Bildungschancen verbessert, die soziale Infrastruktur gestärkt und Armut reduziert. Dennoch sind Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit bedroht. Die Ungleichverteilung des weltweiten Wohlstandes ist für wachsende politische und soziale Spannungen mitverantwortlich. Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise kann nur mit internationalen Regeln für die Finanzmärkte bewältigt werden. Das erfordert ein gemeinsames Bekenntnis zu nachhaltigem Wirtschaften. Wir brauchen einen internationalen Konsens, der Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften auf der Grundlage gemeinsamer Prinzipien und Werte ermöglicht. Dabei dürfen die positiven Wirkungen der Globalisierung auch in Krisenzeiten nicht durch nationalen oder regionalen Protektionismus gefährdet werden. Gemeinwohlorientierung, demokratische Legitimation und die Unverletzlichkeit der Menschenwürde sind das Fundament, auf dem ein solcher Konsens – unter Berücksichtigung kultureller und gesellschaftlicher Besonderheiten – aufbaut.

LEITLINIEN

Solidarität und Subsidiarität sind die Leitprinzipien. Die Solidarität sorgt dafür, dass die Marktwirtschaft sich immer wieder durch ihre Orientierung am Gemeinwohl legitimiert. Die Subsidiarität schafft und garantiert den Raum für Eigenverantwortung und Eigeninitiative.

1. Rechtsstaatliche Rahmenordnung

Ein funktionsfähiges, verlässliches und demokratisch legitimes Rechtssystem ist Grundlage für effizientes und nachhaltiges wirtschaftliches Handeln. Es schafft die Voraussetzung für eine leistungsfähige Wirtschaft, für eine effiziente und bürgernahe staatliche Verwaltung sowie für die Berücksichtigung der Prinzipien einer guten Regierungsführung. Regulierende Elemente und eine konsequente Aufsicht kontrollieren die Einhaltung der Regeln und bestrafen regelwidriges Verhalten. Das ist kein Selbstzweck. Regulierung ist angemessen und richtig, um die Anreize in der Wettbewerbswirtschaft so zu gestalten, dass dezentrales Handeln im Wettbewerb zu gesellschaftspolitisch nützlichen Ergebnissen führt.

2. Eigentumsordnung und Beschäftigung

Eine effiziente und auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Wirtschaftsstruktur muss auf einer privaten Eigentumsordnung beruhen, die die Verfügungsrechte an Gütern in die Hände von privaten Unternehmern und Haushalten legt. Privates Eigentum schafft den entscheidenden Antrieb für Einkommenserwerb durch Arbeit und ist die Grundlage eines innovativen Unternehmertums. Nur eine auf privatem Eigentum beruhende Wirtschaftsordnung sichert nachhaltig Beschäftigung. Auf dieser Grundlage können Eigenverantwortung und Eigeninitiative entstehen, ohne die ein effizienter Umgang mit eigenem Potential, Bildung, Innovation, Wachstum und Wohlstand unvorstellbar ist. Privates Eigentum kennzeichnet eine Wettbewerbsordnung, in der eine Vielzahl kleinerer und mittlerer Unternehmer für ihr Engagement mit ihrem persönlichen Eigentum haften. Eigentum beinhaltet eine soziale Verpflichtung. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Dies gewährleistet maßvolles, nachhaltiges unternehmerisches Handeln und bewahrt vor einseitigem und kurzfristigem Renditestreben.

3. Wettbewerb als Grundlage

Eine weltweite Wettbewerbsordnung auf der Grundlage freier Preisbildung optimiert die Allokation knapper Mittel. Der funktionsfähige Wettbewerb ist der Motor nachhaltigen Wirtschaftens. Er fördert Effizienz und Fortschritt, stärkt verantwortliches Handeln und verhindert das Entstehen von einseitiger Marktmacht. Eine Wettbewerbsordnung verlangt national wie international offene Märkte und eine Kontrolle der Marktmacht und Konzentration durch den Staat und die Staatengemeinschaft. Wettbewerb basiert auf dem Leistungsprinzip und der Chancengleichheit.

4. Anwendung des Haftungsprinzips

Die Freiheit des Wettbewerbs bedingt die Anwendung des Haftungsprinzips, um den Leistungswettbewerb an die Verantwortung der jeweils Handelnden zu binden. Gewinnaussichten stimulieren den Wettbewerb. Das persönliche Einsteigen bei Verlusten begrenzt zugleich unverantwortliches und übertrieben risikobehaftetes Handeln.

5. Stabilität der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Eine marktwirtschaftliche Ordnung bedarf einer langfristig ausgerichteten Wirtschaftspolitik und größtmög-

licher makroökonomischer Stabilität. Dies gilt insbesondere für nationale und internationale Finanzmärkte. Investitionen und langfristige Konsumententscheidungen setzen Vertrauen in eine stabile Rahmenordnung voraus. Dazu gehört auch die Ablehnung protektionistischer Maßnahmen sowie einer Geldpolitik, die sich nur an kurzfristigen nationalen Wirtschafts- und Wachstumszielen orientiert.

6. Bereitstellung öffentlicher Güter durch den Staat

In einer marktwirtschaftlichen Ordnung muss der Staat die Bereitstellung öffentlicher Güter gewährleisten, wenn der Markt diese Güter nicht oder nur unzureichend zur Verfügung stellt. Eine leistungsfähige Infrastruktur, grundlegende Bildungschancen und der Zugang zu einer umfassenden Gesundheitsversorgung sind Bereiche, die der Staat mitgestalten muss. Bei sozialer Bedürftigkeit ist der Staat in besonderem Maß gefordert. Staatliche Eingriffe sollten jedoch begrenzt sein.

7. Solidarität und soziale Sicherung

Wirtschaftliches Wachstum begünstigt die Armutsbekämpfung. Die Marktwirtschaft kann das Entstehen von Einkommensunterschieden und die Benachteiligung von Teilen der Bevölkerung nicht verhindern. In einer Marktwirtschaft sind deshalb breitenwirksame, marktkonforme soziale Sicherungssysteme, Mechanismen eines regionalen Ausgleichs sowie ein leistungsorientiertes Steuersystem erforderlich, um den sozialen Frieden zu sichern und eine angemessene Teilhabe breiter Bevölkerungsschichten an der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu ermöglichen.

8. Anreizkompatibilität

Zur Finanzierung der Staatsaufgaben bedarf es in einer marktwirtschaftlichen Ordnung eines anreizorientierten Abgabensystems. Abgaben dürfen nicht so gestaltet sein, dass sie Leistungsanreize vermindern oder zu allokativen Verzerrungen führen.

9. Nachhaltigkeit

Jede Wirtschaftsordnung muss sich auch an ihren langfristigen Ergebnissen messen lassen. Nachhaltigkeit ist in ökologischer, sozialer und fiskalischer Hinsicht eines der wichtigsten Erfolgskriterien und ein Ausdruck der Generationengerechtigkeit. Eine auf Verantwortung und auf Haftung basierende Rechtsordnung stärkt Nachhaltigkeit. Insbesondere eine aktive Klimaschutzpolitik ist eine wirtschaftliche und

moralische Verpflichtung zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlage zukünftiger Generationen.

10. Politik der offenen Märkte

Nationale Alleingänge sind kein Heilmittel in der Krise, im Gegenteil: Sie können die weltweiten Auswirkungen der Wirtschaftskrise verschlimmern. Entscheidend sind eine koordinierte Politik der offenen Märkte sowie die Beachtung fairer Spielregeln. Gegen Protektionismus und ökonomischen Nationalismus müssen relevante internationale Institutionen weiter gestärkt werden.

ERFOLGSBEDINGUNGEN FÜR EINE GLOBALE SOZIAL- UND MARKTWIRTSCHAFTLICH ORIENTIERTE WIRTSCHAFTSORDNUNG

Eine offene und globale Wirtschaft braucht einen internationalen Rahmen. Prinzipien und Regeln, die sich auf nationaler wie europäischer Ebene im Rahmen einer sozial- und marktwirtschaftlich orientierten Wirtschafts- und Werteordnung bewährt haben, müssen auch auf internationaler Ebene angewandt werden. Diese Prinzipien verbinden Freiheit und Verantwortung zum Nutzen aller. Sie müssen insbesondere im Bereich der Finanzmärkte verbessert und in der Welthandelsordnung gestärkt werden. Erforderlich sind die Ausweitung der Legitimation, der Funktionsfähigkeit und der vertieften Zusammenarbeit internationaler Institutionen sowie die Schaffung integrativer Kooperationsforen. Ein verlässliches Rechtssystem und eine subsidiaritätsorientierte demokratische Ordnung sind die Grundlage dafür. Politischer Wettbewerb und politische Partizipation in den Nationen fördern die wirtschaftliche Entwicklung und die Stabilität der internationalen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Die notwendige Information durch unabhängige Medien und Verbände kann nur in einer solchen Ordnung ermöglicht werden. Konsens und das Bekenntnis der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteure zum Interessenausgleich im nationalen und internationalen Rahmen sind die Voraussetzung für „Wohlstand für alle“.

Die „Leitlinien für Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften“ werden von führenden internationalen Vertretern aus Politik und Wissenschaft unterstützt und liegen inzwischen in mehr als zwanzig Sprachen übersetzt vor.

www.kas.de/leitlinien

„SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT
VOLLZIEHT SICH NICHT IN
GESETZBÜCHERN, SONDERN IM DENKEN
UND HANDELN DER MENSCHEN.“

RICHARD VON WEIZSÄCKER



WEITERE INFORMATIONEN ZUM THEMA SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

DAS INTERNETPORTAL SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

In ihrem Internetportal zur Sozialen Marktwirtschaft stellt die KAS Grundlagen dieses Wirtschaftskonzepts vor, erläutert Hintergründe der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise, greift Fragen direkt auf und bietet weiterführende Hinweise zu den genannten Themen. Aktuelle Berichte aus den weltweiten Aktivitäten der Stiftung finden sich ebenso wie Veranstaltungs- und Publikationshinweise. Programmatische Texte, eine Dokumentation der Erfolgsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft, Videoclips und Kontakte zu den Experten der KAS komplettieren das Angebot.

www.kas.de/soziale-marktwirtschaft



„KÜHLSCHRANKLEHRE“ – SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT MAL ANDERS

Ein Lehrfilm über die Prinzipien der Wirtschaftsordnung in Deutschland: In einer Studenten-WG bricht eine Diskussion über Politik aus. Tobias erklärt seinen Mitbewohnern Julia und Yonas, was es mit der Sozialen Marktwirtschaft auf sich hat. Und zwar anhand des WG-Kühlschranks.

www.kas.de/soziale-marktwirtschaft

www.youtube.com/user/onlinekas

„LEXIKON SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT“ – WIRTSCHAFTSPOLITIK VON A BIS Z



Mit dem Modell der Sozialen Marktwirtschaft liegt ein theoretisch fundiertes, aber zugleich auch sehr flexibles Konzept für eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung

vor – ein Konzept, das wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und sozialen Ausgleich gleichermaßen bietet. Es ist Grundlage für die weltweite wirtschafts- und sozialpolitische Beratungstätigkeit der Konrad-Adenauer-Stiftung überall dort, wo es um die Transformation von traditionellen oder staatswirtschaftlich geprägten Wirtschaftssystemen geht. Mit dem von der KAS herausgegebenen „Lexikon Soziale Marktwirtschaft“ liegt ein umfassendes Kompendium zu allen wesentlichen Prinzipien des Modells und seinen konkreten wirtschaftspolitischen Aufgabenfeldern vor. Mittlerweile ist das Nachschlagewerk in elf Sprachen übersetzt worden, darunter Englisch, Französisch, Spanisch, Chinesisch und Arabisch. Das Lexikon dient weltweit als Grundlage für die Beratung von Parlamentariern, in wissenschaftlichen Diskussionen mit Wirtschaftsexperten und als Lehrmaterial für die wirtschaftspolitische Grundbildung.

Rolf H. Hasse, Hermann Schneider, Klaus Weigelt (Hrsg.), UTB 2002 (1. Auflage) und 2005 (2. überarbeitete und aktualisierte Auflage)



IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Konzeption und Redaktion

Susanna Vogt

Referentin Globale Wirtschafts- und Sozialordnung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin

Mit Beiträgen von:

Thomas Awe, Gabriele Baumann, Anja Casper, Claudia Crawford, Dr. Colin Dürkop, Olaf Jacob, Wolfgang Meyer, Frank Priess, Stephan Raabe, David Robert, Thomas Schiller, Susanna Vogt, Marc Ziemek

Die Länderberichte wurden zwischen August 2009 und Juni 2010 erstellt.

Gestaltung

SWITSCH KommunikationsDesign, Köln

Bildnachweis

Konrad-Adenauer-Stiftung, Yuri Arcurs - Fotolia.com (Titelmotiv), Johanna Wallmann (Seite 31), Adkok - Fotolia.com (Seite 42), Keren Su/CORBIS (Seite 45),

Trotz sorgfältiger Recherche konnten nicht alle Rechteinhaber ermittelt werden. Sofern Sie eine Inhaberschaft nachweisen, erhalten Sie ein angemessenes Honorar.

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

Nachdruck, auch auszugsweise, allein mit Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

© 2010, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

ISBN 978-3-941904-37-8

www.kas.de

ClimatePartner 
**klimateutral
gedruckt**

Diese Broschüre wurde CO₂-neutral mit mineralölfreien Druckfarben auf Pflanzenölbasis auf Papier gedruckt, das zu 100% aus Ressourcen aus zertifiziert nachhaltiger Forstwirtschaft hergestellt wurde.

www.kas.de



Konrad
Adenauer
Stiftung